

Leipziger NEUE

EINE LINKE ZWEIFOCHENZEITUNG

■ Ist er noch „Kulturpark“?

Gemeint ist Leipzigs Clara-Zetkin-Park, der nach umfangreicher Neugestaltung und Erweiterung am 1. Mai vor 50 Jahren eröffnet wurde. Licht und Schatten heute. **Seite 5**

■ USA aus Vietnam gejagt

Vor 30 Jahren, am 30. April 1975, jubelte die friedliebende Welt: Saigon ist frei! Der Krieg in Vietnam ist zu Ende! Aber das kleine Land war in die Steinzeit zurückgeboht. **Seite 9**

■ War Einstein Sozialist?

Allgemein wird er höchstens als Gefühlssozialist tituliert. Ein Artikel aus dem Jahre 1948 spricht aber eine andere Sprache. **Seite 12**

8

2005

13. Jahrgang

22. April

1 Euro

Tel./Fax:

0341-

21 32 345

Das Bundesfinanzministerium präsentiert:



Marc Ranstetter 2005

DER (R)ENTENDIEB

Die melkenden Rentner

Soeben wurde bekannt: Auch 2005 wird es eine Renten-Nullrunde geben – die gesetzlich fixierte Anpassung des Rentenniveaus an die allgemeinen Lohnerhöhungen fällt somit zum zweiten Mal in Folge aus.

Das Rentendilemma begann allerdings schon 1992 – unter anderem mit der Kürzung von Anrechnungszeiten für

- Schul-, Fachschul-, Hochschulzeiten von 13 Jahre auf 7 Jahre (mit Übergangszeit);
- Krankheit und Zeiten von Arbeitslosigkeit.

1996 wurde an dieser Sparspirale weitergedreht. Die Anrechnungszeiten

- für Schule und Studium wurden weiter von 7 auf 3 Jahre gesenkt,
- ebenso die für die Berufsausbildung, statt 0,9 Entgeltpunkte werden nur noch 0,75, und das auch nur 3 statt bisher 4 Jahre berechnet.

Angehoben wurde die Altersgrenze wegen Arbeitslosigkeit (bei fünf Jahren macht das nun 18 Prozent Abzug aus.

- Das Renteneintrittsalter für Frauen wurde von 60 auf 65 Jahre angehoben,
- ebenso die Altersrente für Schwerbeschädigte von 60 auf 63 Jahre – beginnend ab 2001.

Zudem wurde noch der Wegfall der Berufsunfähigkeitsrente für alle nach dem 1. Januar 1960 Geborenen beschlossen.

Seit den Jahren 2000 und 2001 treffen die Kürzungen vor allem Witwen und Witwer. Ihre Hinterbliebenenrenten werden, sofern sie ab 2002 erst 40 Jahre werden, von 60 auf 55 Prozent gekürzt. Keinen Anspruch hat, wer nur ein Jahr verheiratet war (Ausnahme bei Unfall). Einen Abschlag für Hinterbliebene von 0,3 Prozent je Monat (maximal 10,8 Prozent für 3 Jahre) gibt es, wenn der Versicherte vor dem 63. Lebensjahr verstirbt.

2003 schließlich folgte die Festlegung, über 8 Jahre hinweg von einer jeweils geplanten Rentenerhöhung 0,5 Prozent abzuziehen, was einer Rentenminderung von 4 Prozent entspräche, gäbe es seither nicht ohnehin Nullrunden. Außerdem wirken nun bestimmte Steuererleichterungen, Kindergelderhöhungen u. ä. nicht mehr erhöhend auf die Rente. Neben einer Nullrunde bekamen die Rentner 2004 (ab April)

- den vollen Satz der Pflegeversicherung von 1,7 Prozent aufgebürdet.

Weiter ab 2004 u. a.:

- Verschiebung der Rentenauszahlung für Neurentner auf das Monatsende,
- generelle Senkung der Witwenrente für ab 2002 geschlossene Ehen auf 55 Prozent,
- Neuregelung für Rentenbesteuerung und
- Ankündigung, Rentner hätten 2006 0,5 Prozent für Krankengeld zu bezahlen, ohne welches zu bekommen.

Strafrenten, nicht anerkannte Intelligenzrenten und andere Verweigerungen für ostdeutsche Bürger sind ein eigenes Kapitel gesamtdeutschen Rentenunrechts.

• LN

Am 1. Mai

Demonstration vom Connewitzer Kreuz zum Augustusplatz – Beginn 10 Uhr

Maikundgebung auf dem Augustusplatz
10.30 Uhr Kulturprogramm

11.15 Ansprache von Heinz Putzhammer,
DGB-Bundesvorstand

Jugendaktivitäten 13.30–20 Uhr

Münteferings Luftnummer

Nachdem der SPD-Vorsitzende mit seiner ungewohnten und ziemlich harschen Kapitalismus-Kritik verblüfft hatte und ihm weitere kühne Kritiker folgten, fragte man sich: Was war denn das? – Herr Hundt hat zwar kurz aufgemuckt, aber er hat keine Panik erkennen lassen, wie es angemessen gewesen wäre angesichts dieses verbalen Aufruhrs. Denn er wusste: Für ihn war die Abmahnung nicht bestimmt. Es war ein Wort an die Wähler, die der Sozialdemokratie seit Jahren angesichts ihrer volksfeindlichen und unternehmerfreundlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik eine Talfahrt bereiten. Im Besonderen hatte Müntefering offenbar die Wähler in Nordrhein-Westfalen vor Augen, die demnächst bei der Landtagswahl an die Urnen treten oder den Urnen fernbleiben, um die Hochburg der SPD im bevölkerungsreichsten Land der BRD möglicherweise zu einer ehemaligen Hochburg zu machen. Das ist nun seit hundert Jahren das Schicksal der SPD: Die Geschäfte des Kapitals zu besorgen und sich dafür prügeln zu lassen. Und auch solche radikal klingenden Auslassungen sind ja auch nicht neu. Man denke nur an Kurt Schumachers Proklamierung des Sozialismus als Tagesaufgabe im Jahre 1945, um verlorene Reputation zurückzugewinnen. Auch damals zeigte sich sehr bald: Es war eine Luftnummer. **• KURT RECHT**

Der polnische Papst

Professor Dr. Meyer – Minister für Wissenschaft im Biedenkopf-Kabinett, Vorsitzender des Zentralkomitees deutscher Katholiken – lobpreiste an Papst Johannes Paul II., dass er viel zu den Veränderungen in Osteuropa beigetragen hat. Das war ja wohl die Absicht derer, die Karol Wojtyla zum Papst auserkoren hatten. (Ich war im Oktober 1978, als Wojtyla gewählt wurde, Gastdozent in Krakow und konnte manche Einsicht gewinnen.) Der glühende Antikommunist in Krakau traf sich im Ziel mit den Politikern, die die Sowjetunion als „Reich des Bösen“ vernichten wollten. Das Ziel ist erreicht. Auch Präsident Bush jun. und Bundespräsident Köhler würdigten den verstorbenen Papst eben deswegen.

Aber es bleiben Fragen. Wojtyla war Staatsbürger Polens, ab 1978 Oberhaupt der katholischen Kirche und Chef des Vatikanstaates. In der Regel duldet der Klerus „Revolutionäre“ nicht in seinen Reihen. Dass die katholischen Bischöfe den Widerstand gegen die Hitlerdiktatur geführt hätten, wurde bisher nicht bekannt. Wie Johannes Paul II. mit den „Befreiungstheologen“ umging, kann geprüft werden. Warum organisierte und finanzierte er Solidarnosc und Lech Walesa als „Arbeiterführer“?

Johannes Paul II. war Oberhaupt der katholischen Christenheit. Hat nicht aber Christus betont, sein Reich sei nicht von dieser Welt und auf eine Fangfrage geantwortet: Gebt Gott, was Gottes ist, und dem Kaiser, was des Kaisers ist? Hatte er zum Sturz der römischen Fremdherrschaft aufgerufen? (Das Todesurteil gegen ihn ist ein Musterbeispiel rabulistischer Justiz.) Dass ein Papst unter seinen Schafen für christliche Werte streitet, ist gewiss seines Amtes. Aber Anstifter zu Regierungsstürzen?

Schließlich war Wojtyla in Personalunion Staatsoberhaupt des Vatikanstaates. Als solcher war er dem Völkerrecht verpflichtet, das u. a. die Einmischung in innere Angelegenheiten von Staaten verbietet. (Die gegenteilige Praxis mancher Staaten schafft kein Recht, wie auch ein Mord nicht das Tötungsverbot aufhebt.) Zu den Pflichten gehörte auch die Einhaltung der Helsinki-Prinzipien, die die Respektierung der europäischen Nachkriegsordnung verlangten. Siege können auch Pyrrhussiege sein, was auch in der Geschichte des Papsttums leicht nachzuweisen ist. Und wie schnell wurde im Geschichtsbild manches Urteil revidiert. **• HORST SCHNEIDER**

Der 1. Mai. Und die Leipziger?

Ein „leipzigweites Bündnis linksradikaler Gruppen“ sammelte sich schon vor Wochen, um Aktivitäten gegen den Naziaufmarsch von Christian Worch und Gesellen, die am 1. Mai wieder Leipzigs Straßen erobern wollen, vorzubereiten. Anzunehmen, dass das genau die jungen Leute sind, die schon mehrfach schmerzliche Erfahrungen mit Wasserwerfen und anderem polizeilichen Gewaltpotential sammeln mussten. Ihnen aber dürfte es dennoch zum großen Teil zu verdanken sein, dass Worch bisher in Leipzig noch nie sein Demonstrationsziel erreichte. Mit Sicherheit sind es genau die jungen Leute, die dann in den Medien wieder als linksradikale Chaoten diffamiert werden, wenn sie zum verzweifelten letzten Mittel greifen und handgreiflich werden.

Für Worch ist, wie er den Seinen mitteilte, der 1. Mai ein „taktischer“ günstiger Termin: „Denn die Linken aus Connewitz werden am 1. Mai nicht mit so viel auswärtiger Unterstützung rechnen dürfen wie am 3. Oktober. Schließlich ist am 1. Mai die leider schon traditionelle ‚Mairandale‘ in Kreuzberg angesagt. Da stehen die Connewitzer Linken in Leipzig dann ziemlich alleine da. Das wird sie schnell auf den Boden der Tatsachen zurückholen.“ Damit nicht genug, der Hamburger Neonazi Worch ist überzeugt, dass die von ihm vorgesehene Streckenführung – also das Ziel Völkerschlachtdenkmal – „nicht immer dicht bleiben“ wird. Großspurig tut er kund: „Es gibt für Deutsche in Deutschland keine ‚no-go-areas‘! Dies ist UNSER Land, und wir lassen uns das Grundrecht auf Freizügigkeit (Art. 11 Grundgesetz) nicht von einer Handvoll Steinewerfer oder Barrikadenbauer nehmen!“

Soeben, zwei Wochen vor dem 1. Mai, nahm auch eine „Koordination gegen den Worchaufmarsch“ die Arbeit auf. Ein Plakatentwurf mit dem knappen Aufruf an alle LeipzigerInnen ist fertig, sagt aber nichts über die Protestform (siehe Seite 15). Einig ist man sich jedoch darüber: „Alle Antifaschistinnen und Antifaschisten unserer Stadt haben am

1. Mai eine große Verantwortung / Sie alle müssen zum Augustusplatz kommen – ihr Kommen entscheidet, ob Worch ohne Widerstand marschieren kann!“

Hohe Zeit für einen solchen Aufruf. (Wo bleiben die DGB-Plakate – wegen des Wahlkampfes hätten keine angebracht werden dürfen???)

Sind tatsächlich alle, die sich jetzt unter dem Motto „Leipziger Freiheit gegen braune Gewalt“ fanden, auch bereit, den Nazis gemeinsam mit den jungen Leuten aus Connewitz den Weg abzuschneiden? Die Gefahr ist schließlich real, dass die öffentlich geschürte Angst vor den „linken Chaoten“ manchen abhält, sich nicht mit ihnen auf die Straße zu setzen oder sie von sinnlosen Randalen abzuhalten. Dass die Älteren mit ihren grauen Haaren und vielleicht ein bisschen mehr Besonnenheit bei den Anti-Worch-Protesten deeskaliert werden könnten, das haben wir uns in Leipzig zwar abschminken müssen. Wenn Polizei und Bundesgrenzschützer den Befehl erhalten, gegen die Antifaschisten und für das Demonstrationsrecht der Nazis loszustürmen, dann gibt es keinen Pardon mehr.

Trotz aller berechtigter Angst der Älteren, sozusagen zwischen die Fronten zu geraten: Die neue nazistische Bedrohung, die Wut darauf, dass Faschos uns einschüchtern, dass sie mit ihren Parolen und Forderungen unsere Luft verpesten dürfen und die Staatsgewalt trotz aller jüngster Bundestagsaktivitäten immer noch auf ihrer Seite haben, die muss jeden aufrechten Bürger am 1. Mai auf die Straße bringen.

Unabhängig von diesem Aufruf couragierter Leipziger Bürger, Vereine, einzelner gewerkschaftlicher Institutionen, sich gegen die braune Gewalt zu stellen, unabhängig vom – in der Stadt kaum auffindbaren – ohnehin späten DBG-Aufruf bleibt die Frage, warum Parteien und Gewerkschaften nicht aus der Knete kommen und immer noch nicht geballt und geschlossen zur demokratischen Offensive aufrufen? Noch dazu es auch an diesem 1. Mai noch viele andere Gründe gibt, sich einzumischen, zu protestieren, zu fordern.

• MX



LN. Während sich Anfang April die Automobilbranche auf der Leipziger Messe feiern ließ, nutzte die IG Metall die Gelegenheit, um auf die Tarifsituation der Beschäftigten im handwerklichen Kfz-Gewerbe mit einem Autokorso aufmerksam zu machen und den gewerkschaftlichen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Gefordert werden neue Tarifverhandlungen und eine Lohnerhöhung um 3,5 Prozent für zwölf Monate. Im Dezember vergangenen Jahres hatte der Landesverband der Kfz-Innungen sämtliche mit der IG Metall vereinbarten Tarifverträge gekündigt und mitgeteilt, er stehe künftig nicht mehr für weitere Tarifverhandlungen zur Verfügung. Man kann gestrost von einer konzertierten Aktion sprechen, denn die gleiche Situation gilt in allen weiteren ostdeutschen sowie in einigen westdeutschen Bundesländern. Allein in Berlin, Brandenburg und Sachsen sind 40 000 Beschäftigte des Kfz-Handwerks von diesem durchsichtigen Manöver betroffen. Das heißt, die sogenannten Arbeitgeber im Kfz-Gewerbe/Handwerk versuchen, die Tarifverträge als verlässlichen

Handwerkliches Kfz-Gewerbe ohne Tarifverträge

IG Metall nimmt Kampf gegen Lohndumping auf

Schutz für Beschäftigte abzuschaffen. Die IG Metall sieht in dieser Tarifflicht den Weg in einen ruinösen Wettbewerb und zu Lohndumping und wird sich deshalb mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Allerdings, die Protestesolu-

tion, die am 6. April während einer Zwischenkundgebung der Teilnehmer des Autokorsos am Sitz der Kfz-Innung in den Leipziger Gohlis-Arkaden überreicht werden sollte, fand keinen Adressaten. Die Innung wurde verschlossen und verriegelt.



Eine Dame der Kfz-Innung konnte gerade noch vor der Delegation der Gewerkschafter fliehen und die Tür verriegeln. blieb nichts anderes übrig, als die Forderungen nach lautem Verlesen an die Tür zu kleben. **Foto: Märker**



Dr. Lothar Tippach, der Kandidat der PDS für die OBM-Wahl vor sieben Jahren und die diesjährige Kandidatin, Dr. Barbara Höll, haben trotz alledem Grund zur Freude.

Die Rechten hatten in Leipzig wenig Chancen, die einen stellen sich mit ihren Losungen ins Aus, die anderen reichen gerade noch für makabren Spaß.

Fotos: Märker



Wolfgang Tiefensee, Leipzigs alter und nun mit der Wahl vom 10. April auch neuer Oberbürgermeister mit SPD-Parteibuch und katholischer Gesinnung, wird als klarer Sieger, als großer Gewinner und mit was weiß ich noch für Euphemismen in der örtlichen Presse gefeiert (zwar rund 67 Prozent der Stimmen, aber bei einer kümmerlichen Wahlbeteiligung von 43,9 Prozent – worauf noch einzugehen ist). An seiner Wiederwahl war sowieso nicht zu zweifeln. Nicht nur, weil der Mann eklatant kohlverwandte und damit schon beinahe wieder bewundernswerte Ausitzerqualitäten hat – was sich seit Jahren

Von MAXI WARTELSTEINER

bei diversen städtischen Finanzmanipulationen erwies, von denen er einfach gar nichts weiß; was sich am juristisch nie aufgearbeiteten Skandal um den Verkauf und schließlich am Abriss des Henriette-Golfschmidt-Hauses erwies; was sich am Bau des von den Bürgern mehrheitlich abgelehnten Millionengrabs Citytunnel oder am Abriss des von den Leipziger vehement verteidigten „Blauen Wunders“ erwies. Seiner Wiederwahl ebenso förderlich waren seine blenderischen rhetorischen Qualitäten, auf die viel zu viele seiner potentiellen Wähler viel zu gerne hereinfallen, weil der Mensch ja ohne Hoffnung nicht leben kann. Und schließlich: Welche Partei bot ihm mit ihrem Kandidaten wirklich Paroli? Die abgeschlagene und zweitplatzierte PDS-Frau Dr. Barbara Höll (als Direktkandidatin im sächsischen Landtag, langjährige Finanzexpertin im Deutschen Bundestag) wurde als 1. Oberbürgermeisterin ins Spiel gebracht, weil es auf den kleinen Unterschied ankäme. Für die Mehrheit der Wähler aber war das wohl zu wenig. Wer Frau Höll erleben konnte, wurde gewiss von ihrer Sachlichkeit und ihrem Wissen überzeugt. Den Biss, den Leipzig braucht, trauten ihr zu wenige zu. Zu Unrecht. Das Problem ist also eher, ob ihre Partei diesen Biss überhaupt noch hat, sieht man den Statements ihres Stadtvorsitzenden Volker Külow oder einiger anderer ab. (Existiert die Bundespartei überhaupt noch? Ist wirklich alles nur eine Frage „des Rüberbringens“? Wie haben denn Landes- und Bundesfunktionäre ihre Genossin unterstützt?) Dennoch reichte es für knapp 16 Prozent der Stimmen.

Der CDU-Mann liegt noch weiter hinten mit weniger als zehn Prozent. Aber das war vorzusehen.

Was ist in Leipzig tatsächlich geschehen? Mehr als 56 Prozent der Wähler blieben zu Hause – keineswegs, weil das Wetter zu schlecht oder zu gut war. Schon 1998, als

Eine Wahl, sozialdemokratische Ideale, der 1. Mai und die Nazis

Wolfgang Tiefensee noch einen zweiten Wahlgang brauchte, in dem dann die einfache Mehrheit genügte, war die Wahlbeteiligung auch nicht berauschend. Damals holte Tiefensee mit 48,4 Prozent vor dem PDS-Kandidaten Lothar Tippach, der 29,8 Prozent schaffte, den Sieg. Was nun, sieben Jahre später, die PDS betrifft, so muss allerdings auch gesehen werden, dass zum Beispiel die erstmalige Einbeziehung der neu eingemeindeten Ortsteile, die fast 150 000 Zuzüge nach Leipzig und 50 000 Erstwähler seit der letzten Wahl eine gravierend veränderte

wollen, sieht man auch von jenen ab, die schlicht fordern, der Mann solle die Suppe, die er einbrockte, nun auch auslöffeln (beispielsweise war er einziges ostdeutsches Mitglied der Hartzkommission), dann bleibt als Rest eine den Segnungen des Kapitalismus ausgelieferte Wählermasse übrig, die sich halt an das alte sozialdemokratische Weltbild klammert. Die CDU kommt für sie sowieso nicht in Frage, für die PDS bräuchten sie mehr Mut (oder die PDS müsste mehr Mut demonstrieren). Die anderen Parteien, allen voran die NPD, 2,4 Prozent wie die FDP, kommen eh nicht in Frage. So verlassen sie kurzzeitig ihr Geviert, um treu-gläubig ihr Kreuzchen zu malen und sich dann wieder wie die Hammel hinter Gatter zwerchen zu lassen. Stimmlos bis zur nächsten Wahl. Nur so funktioniertere Demokratie, wird ihnen glauben gemacht. Aber das ist schon wieder ein neues Thema.



Plakat, mit dem Ernst Thälmanns Rede im Berliner Lustgarten am 1. Mai 1930 angekündigt wurde – klar, konsequent und wieder brandaktuell

demografische Ausgangslage bildeten. Der „klare“, der „strahlende“ Sieger Tiefensee hat alles andere als eine Mehrheit der Leipziger hinter sich. Die allermeisten verweigerten sich ihm, haben die Nase voll von all den selbstherrlichen Rathaus-Entscheidungen am Bürgerwillen vorbei. Sie resignieren, sie verweigern sich. Für diese Politikverdrossenheit trägt er, wie Volker Külow nach der Wahl einschätzte, durchaus spezifische Verantwortung. Sieht man dann von jenen ab, die Tiefensee bereitwillig folgen, weil sie sein Parteibuch tragen oder aus sonst welchen Gründen seinen großmundigen Visionen und Versprechungen einfach glauben

bleiben wir bei den sozialdemokratischen Idealen, die so sehr mit Leipzig verknüpft, aber im Leben inzwischen kaum noch auffindbar sind. Immerhin liegt in der Pleiße-Metropole die Wiege der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, gründeten hier am 23. Mai 1863 Delegierte aus elf deutschen Städten den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, sozusagen den Vorhänger der SPD. Von diesen Traditionen ist heute bestenfalls etwas zu spüren, wenn man mit einzelnen Mitgliedern an der Basis ins Gespräch kommt. Ihre Verzweigung an den Schröders, den Schilys und den Tiefensees ist greifbar. Dennoch. Der Deutsche ist treu und redlich. Und vergesslich. Zumindest die reichlich 25 Prozent Leipziger, die Tiefensee nun wirklich am 10. April gewählt haben. Oder stört es die gar nicht, wie der erste Bürger der Stadt vor zwei Jahren am 3. November die Blockade am Augustusplatz gegen die vom Bahnhof anrückenden Nazis für aufgelöst erklärte und sie im Kreise seiner Bodyguards ver-

ließ, weil die Nazis schließlich auch ein Demonstrationsrecht haben? Wir Verbleibenden wurden dann wie Müll von der Straße geschoben, zusammengetreten, mit Pfefferspray verätzt. Aber die Nazis kamen nicht durch bis zum Völkerschlachtdenkmal. Trotzdem: Wie viel friedlicher und mit wie viel mehr Signalwirkung hätte der Tag enden können, wenn uns Tiefensee nicht verlassen und damit ohne den Schutz seiner Funktion brutaler uniformierter Gewalt ausgeliefert hätte. Später dann (so wie vor jenem 3. November auch), wenn Worch und seine braune Brut die Stadt wieder und wieder heimsuchte, begab sich der OBM erst gar nicht mehr in ihre Nähe, geschweige denn in die der Antifaschisten – schier ein Unwort für ihn, so meidet er es. Selbstredend brillierte er weit abseits mit schönen Reden über den Aufstand der Anständigen, während ihm seine Anhänger forsch bei Bier und Bratwurst applaudierten.

Sozialdemokratische Ideale?

Gab es in diesem Wahlkampf einen einzigen Aufruf aus des Oberbürgermeisters Munde, den diesjährigen 1. Mai nun endgültig vor den Worch-Truppen zu schützen und zu verteidigen? Zu welchen Aktionen rief der erste Bürger auf, um die Stadt sauber zu halten? Von einer Verbotsklage wagt ja schon kein antifaschistischer Leipziger mehr zu träumen. – Eher scheint es, als wollten Sozialdemokraten den 1. Mai als Kampftag abschaffen.

Es fällt schwer, angesichts dessen nicht zum Beispiel an das Jahr 1925 zu erinnern, als ein sächsischer Innenminister, der Sozialdemokrat Müller, die Proletariern verbot, an ihren Weltfeiertag gegen Krieg und aufkeimenden Faschismus, gegen Armut und Arbeitslosigkeit zu demonstrieren. Fünf Jahre später wollte der sozialdemokratische Polizeipräsident Leipzigs den Arbeitern am 1. Mai das Recht auf die Straße rauben.

Das einzige, was heutigen Leipzigern nach dem Wahlsonntag bleibt, ist, ihrem mehr oder minder gewählten OBM aufs Maul zu schauen, es nicht zuzulassen, dass er sich noch weiter vom Boden der Tatsachen entfernt, ihn täglich mit Briefen und Petitionen und Kundgebungen und anderen Pro-testen an seine Verantwortung zu erinnern. Andererseits, ist die Rechnung der längst ohne jegliche sozialdemokratische Ideale Regierenden in Berlin wie in Leipzig nicht längst aufgegangen? Politik wird im Hinterzimmer gemacht! Und das Volk, der Souverän, schaut verärgert zu, von Zuhause aus. Man sehe sich nur die kläglichen Straßenproteste der jüngsten Zeit an.

Wladimir Majakowski

Solidarität

Die Messe rast,
überstürzt,
übertreibt sich.
Leipzig ist toll.
Im Rummel fliegt Leipzig.
Nur der Bahnhofplatz lärmt nicht.
Der Bahnhofplatz schweigt.
Der Bahnhof feiert.
Der Frachtdienst streikt.
Heut sagten Verlader und Schauerleute:
„Na schön, ihr Herren!
Denn bummeln wir heute.“
Nur selten Krakeel.
Und Geklopf zuweilen.
Wenn Streikposten
nämlich
Streikbrecher verkeilen.
Unternehmer knirschen.
Mit schäumendem Munde.
„Die Gewerkschaftsbrüder
richten uns zugrunde!“
Doch plötzlich
belebt sie
ein hämisches Hoffen:
Sowjetische
Rauchwaren
sind eingetroffen.
Da lacht
die schnurrbartstreichende Gruppe:
„Jetzt löffelt
die selbsteingebrockte
Suppe!
Ihr Russen,
wer lädt sie euch aus, eure Felle?
Eine gute Lehre für künftige Fälle!“
Die Leipziger Messe
vergnügt sich,
betäubt sich.
Da plötzlich,
ihr Bürger,
gibts Aufsehn in Leipzig.
Speckhäse recken sich:
Außergewöhnlich!
Das Streikkomitee
erscheint
persönlich!
Es greift
mit Begeisterung
hemdsärmelig zu –
das Eisenbahnlagerhaus
leert sich im Nu.
Zur Messe ziehn Damen.
Die Messe beweibt sich.
Man bestaunt die Sowjetpelze in Leipzig.
Die Arbeiter-Eintracht
besiegt
alle Würger.
Sie trotzt auch
dem streikabwürgenden Bürger.
(1923)

SO WIE MAJAKOWSKI, so sind auch Bruno Apitz und Axel Eggebrecht, Walter Hasenclever und Max Schwimmer, Erich Weinert und Joachim Ringelnatz, Erich Kästner und Walther Mehring, Georg Maurer und Volker Braun, Lore Mallachow und Vater, Sohn sowie Enkel Reimann, Reinhard Bernhof und Günter Böhnke, Heinz Czechowski und Peter Gosse, natürlich Helene Voigt und, und, und ... Ich höre auf, aufzuzählen, wer da alles in der wunderschönen Anthologie *Mit einem Reh kommt Ilka ins Merkur* vertreten ist. Frauke Hampel und Peter Hinke haben in der Literatur der vergangenen hundert Jahre nach lyrischen Zeugnissen über Leipzig gesucht. Was sie fanden, findet sich in diesem Band wieder. Andreas Reimann fügte dem Büchlein einen launigen Essay bei, Thomas M. Müller die nicht minder launigen Illustrationen. 22 Euro kosten die 250 Seiten aus der Connexwitzer Verlagsbuchhandlung Peter Hinke.

• FIETE GAARDEN

DER LEIPZIGER WOHNUNGSKONZERN LWB hat, so scheint es, die Kurve raus: Wenn Arbeitslosengeld-II-Empfänger die Miete sowieso bezahlt bekommen, dann lässt sich ein feiner Reibach, also ein Extra-Profit, machen. Man muss die Mieten nur bis an die Grenze des Möglichen erhöhen. Natürlich weist die LBW diesen Vorwurf weit von sich. Schließlich wisse man gar nicht, welcher Haushalt ALG II bezieht. Wozu braucht die LWB das auch zu wissen? Es genügt die Kenntnis über den Rathausbeschluss, dass die Arge, die Arbeitsgemeinschaft von Stadt und Arbeitsagentur, alle Wohnkosten bis zu einer Kaltmiete von 3,85 Euro pro Quadratmeter zu übernehmen hat. Da lässt es sich leicht hochrechnen, dass in Leipzig etwa 120 Millionen Mietzuschüsse zusammenkommen können – wenn die 3,85 Euro ausgeschöpft werden. Ein Schelm, wer angesichts der derzeitigen angedrohten Mieterhöhungen in unsanierten Häusern strukturschwacher Stadtbezirke Arges denkt. Sollte es wirklich Zufall sein, dass die Kaltmiete in eher sanierungswürdigen Häusern in der Hermann-Liebmann-Straße oder der Lukasstraße, im Reudnitzer Gerichtsweg und anderswo jetzt 3,84 Euro beträgt, anderswo sogar exakt 3,85 Euro? Solche „Mietanpassungen“ gerade jetzt nach der endgültigen Festlegung der Mietzuschüsse? • MI



Unterschriften gegen Hartz IV

LN. Initiatoren einer Saarbrücker Resolution vom 12. April 2005 „Weg mit Hartz IV“ sammeln bundesweit Unterschriften. Zu den Erstunterzeichnern gehören neben Oskar Lafontaine bereits zahlreiche Hartz-IV-Gegner aus dem Raum Leipzig, so unter anderem Bernhard Krabiell (Bezirksgeschäftsführer ver.di Leipzig-Nordsachsen), Christian Lamß (Arbeitslosenver-

gezahlt hat, im Falle der Arbeitslosigkeit nur noch einen Bruchteil seiner eingezahlten Beiträge zurückbekommt – dies ist eine staatliche Enteignung; 2. wir der festen Überzeugung sind, dass dieses Gesetz massiv gegen das Grundgesetz verstößt. Hier sei nur als ein Beispiel unter vielen hervorgehoben, dass auch in nichtehelichen Partnerschaften das Einkommen des arbeitenden Partners dem arbeitslosen Partner

5. es beschämend ist, dass Arbeitslose unter Androhung des Entzuges jeglicher Sozialleistungen gezwungen sind, jede Tätigkeit, auch noch so gering qualifizierte, anzunehmen und dies zum Teil auf der Basis von so genannten Ein-Euro-Jobs.

6. es nicht zu erkennen ist, dass dieses Gesetz neue Arbeitsplätze schafft, sondern eher zur Vernichtung von Arbeitsplätzen, zumindest von solchen, die nach

SOFORT-Maßnahmen
gegen die schlimmsten Auswirkungen von Hartz IV

Netzwerk
Bewegung
ver.di
Erwerbslose

band Sachsen), Majbrit Preuss (Sozialforum Leipzig), Thomas Rudolph (Aktionsbündnis Soziale Gerechtigkeit – Stoppt den Sozialabbau, Aktionskreis Demokratie & soziale Politik), Friedhelm Schutt (Bezirksvorsitzender ver.di Leipzig-Nordsachsen).

Unterschriftenlisten gibt es über: www.soziale-Bewegung.de/Aktionen.htm

Mit der SAARBRÜCKER RESOLUTION vom 12. April 2005: WEG mit Hartz IV fordern die Unterzeichnenden in einer überparteilichen Initiative die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf, das Gesetz für moderne Dienstleistung am Arbeitsmarkt, auch Hartz-IV genannt, sofort zurückzunehmen, weil

„1. wir nicht zulassen können, dass ein Bürger, der Jahrzehnte in die Arbeitslosenversicherung ein-

in voller Höhe angerechnet wird, was zur Folge haben kann, dass dem arbeitslosen Partner kein Arbeitslosengeld II mehr bewilligt wird, obwohl keinesfalls sichergestellt ist, dass der arbeitende Partner bereit ist, den anderen finanziell zu unterstützen; 3. wir nicht akzeptieren können, dass ein Langzeitarbeitsloser, der seit Jahren eine private Vorsorge betreibt, gezwungen ist, sein erspartes Vermögen aufzubrauchen, bevor er Arbeitslosengeld II beziehen kann, während jemand, der keinerlei private Vorsorge getroffen hat, sofort diese Leistung erhält;

4. es eine Schande ist, dass Menschen, die durch ihre jahrelange Arbeit zum Wohlstand unseres Landes und zum Wohlstand ihrer bisherigen Arbeitgeber beigetragen haben, durch Hartz IV zu Sozialhilfeempfängern degradiert werden;

Tarif bezahlt werden, beiträgt. Im Bereich Sozial- und Gesundheitswesen arbeiten jetzt schon Menschen zu einem Euro die Stunde in bisher nach Tarif bezahlten Tätigkeiten.

Dieses Gesetz stürzt besonders viele ältere Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende und Familien in eine dauerhafte Armut. In der weiteren Folge reduziert es unausweichlich die Kaufkraft in den Ländern und Kommunen, so dass die sowieso schon geschwächten Strukturen des Binnenmarktes weiteren Schaden davontragen werden. Dieses Gesetz ist ein Motor für sozialen Unfrieden in unserem Land. Das können wir nicht zulassen.“

Unterschriftenlisten können in der Region Leipzig während der Montagsdemonstration am Stand des Aktionsbündnisses abgegeben oder per Fax an 0341-463 99 78 gesandt werden.

Begegnung an der Elbe

Der Name der Stadt Torgau steht auch für ein historisches Ereignis, das sich zum 60. Male jährt und dessen Bedeutung heute besser zu ermesen ist als je zuvor. Am 25. April 1945 trafen sich vorrückende Einheiten der Sowjetarmee und der US-Truppen bei Torgau an der Elbe. Auch dieses Ereignis kündete vom nahenden Ende des Krieges. Die Brücke von Torgau wurde zum Symbol sowjetisch-(US-)ameri-

Von **HORST SCHNEIDER**

kanischer Waffenbrüderschaft in der Zeit der Antihitler-Koalition und später für friedliche Koexistenz. Das Ereignis und dessen spätere Würdigung ist vor allem mit dem Namen des Chicagoer Taxifahrers Joe Polowsky verbunden, der im April 1945 die Begegnung als Sergeant mit erlebt hatte und 38 Jahre lang bis zu seinem Tode 1983 darum gekämpft hat, Torgau zum Symbol der Verständigung und des Friedens zu machen. Seinem

Wunsch entsprechend wurde er nach seinem Tode am 26. November 1983 in Torgau beerdigt. Heute trägt eine Schule in Torgau seinen Namen. Die „Brücke von Torgau“ wurde am 16. Juni 1994 trotz heftiger Bürgerproteste in einer Nacht- und Nebelaktion auf Weisung der sächsischen Regierung gesprengt. Nicht einmal als Denkmal sollte sie an 1945 erinnern. Die „Times“ titelte: „The Germans Destroy History Bridge“. Aber es ging um mehr als die Zerstörung eines Baudenkmals. Das Leben Joe Polowskys und sein Versöhnungswerk konnten jedoch nicht „abgewickelt“ werden. Selbst im USA-Senat fand es seine Würdigung. Am 20. Februar 1985 widmete Senator Paul Simon seine Rede dem Kriegsveteranen Joe Polowski. Er sagte u. a.: „Es trifft sich gut, dass Joe aus der Heimat Lincolns stammte, denn Präsident Lincoln widmete sein ganzes Leben dem Frieden und der Versöhnung. Joe tat es ihm gleich ... Alle Soldaten schworen damals, dass die Menschheit für die Errichtung einer friedlichen Welt kämpfen

müsse, damit die entsetzlichen Opfer und Leiden des Krieges nicht umsonst gewesen seien.“ Das ist auch der Kern des Schwurs von Buchenwald und der Präambel der UN-Charta. Dieses Vermächtnis wird heute von der US-Administration mit Füßen getreten. Um so nötiger ist es, die Tradition, die Joe Polowsky begründet hat, fortzusetzen. Sie begann mit einem „Pilgerzug“ von US-Kriegsveteranen am 25. April 1965 in Torgau. Trotz mancher Widrigkeit in Ost und West in der Zeit des Kalten Krieges wurde die „Begegnung an der Elbe“ zur Tradition, die am 25. April 1985 ihren Höhepunkt erlebte. Friedrich Schorlemmer berichtete in „Down by the Riverside“ 1995, dass er mit Leuten seiner Aktion „Schwerter zu Pflugscharen“ damals beim „riesigen, von der Partei und der Armee organisierten Spektakel mit vielen floskelhaft langen Reden“ dabei gewesen ist. In den letzten Jahren mutierte die „Begegnung an der Elbe“ zum „event“ unter dem Titel „Down by the riverside“. Das muss nicht bedeuten, dass die „Begegnung an der Elbe“ nur als Jazz-Spektakel vermarktet wird. Könnte sie nicht auch unter diesem Dach ein „Friedensfest der Völkerverständigung“ (Heinrich Fink) bleiben? Ein neues Denkmal an der Elbe erinnert an die Opfer unter den „Vertriebenen“ und der „beiden deutschen Diktaturen“. (Ludwig Baumann hat sich wiederholt mit diesem Skandal in LN auseinandergesetzt.) Sind die Erinnerungen an den April 1945 nichts wert? Wer will warum das Gedenken an das Vermächtnis der Soldaten wie Polowsky auslöschen? Könnte nicht das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen!“ auf einem Denkmal für den Christen Polowsky und seine Kameraden als Text geeignet sein? Wie könnten die Schorlemmers mitwirken? Oder gibt es heute einen anderen Bibeltext und gesicherten Frieden? Die „Begegnung an der Elbe“ bleibt aktuell.



50 Jahre Kulturpark „Clara Zetkin“

Da war schon mehr Leben und mehr Kultur

Am 1. Mai 1955 wurde der große Leipziger Park, dessen Kernbereich vormals den Namen des sächsischen Königs Albert trug, nach umfangreicher Neugestaltung und der Errichtung von Kultur- und Erholungsstätten – unterstützt von Betrieben und vielen freiwilligen Helfern – als Zentraler Kulturpark „Clara Zetkin“ eröffnet. Auch danach wurde weiter gebaut und gestaltet. Wer, wie ich, in den 60er Jahren in Parknähe wohnte, das hier pulsierende Leben spürte, und sich vor wenigen Jahren wieder hier ansiedelte, wurde in vielem enttäuscht. Natürlich hatte der bereits vor der Wende zum 20. Jahrhundert von den Stadtvätern großzügig angelegte Park, der in der weiten Au Landschaft ausläuft, bis heute nichts von seiner natürlichen Attraktivität verloren. Und regelmäßige Bepflanzung, Pflege der Rabatten, des Rasens und der Gehölze sorgten bislang für ein kulturvollen Zustand. Man wird sehen, ob die für dieses Jahr angekündigte Schließung der Stadtgärtnerei ihre Spuren auch im Park hinterlassen wird.

In den vergangenen Jahren hat es durchaus auch eine Reihe Bemühungen gegeben, die Gestaltung des Parks zu vervollkommen. Der Kinderspielplatz wurde vergrößert und mit neuen Geräten ausgestattet. Vor einigen Jahren wurden die Bäume im Johanna-Park beschilddert (Foto) und die Wege rekonstruiert. Allerdings wurden diese Arbeiten in den anderen Parkteilen nicht fortgeführt. Die viele Jahre lang dem Verfall preisgegebene Parkgaststätte –

heute das „Glashaus“ – wurde nach langem Anlauf endlich wieder hergerichtet. Neu gestaltet wurde auch der Platz mit dem 1967 geschaffenen Clara-Zetkin-Denkmal (Foto), nachdem man lange versucht hatte, mit der Bezeichnung Clara-Park die Namensgeberin zu verdrängen. Doch vor allem das kulturelle Leben im Park ist nicht mehr das, was es einst war. Die Parkbühne mit ihrer früheren Fülle und Vielfalt an Konzerten, Unterhaltungsveranstaltungen und Filmabenden ist nur noch ein Schatten ihrer selbst. Zu vollem Leben erwacht sie nur beim jährlichen Treff der Wave-Gotic-Fans. Der Konzertpavillon mit seiner Tanzfläche (Foto) ist seit langem verwaist. Auch die Dahlienterrasse mit ihren Konzerten gibt es nicht mehr. Der Sprungturm am Verkehrserziehungsgarten und die Kegelbahn sind abgerissen. Nur am Schachzentrum herrscht noch Betrieb. Träger ist hier der Bürgerverein des Musikviertels. Der Kinderspielplatz ist zwar gut ausgestattet, aber früher war hier nachmittags eine Betreuungskraft tätig, für Spiele und Bastelmöglichkeiten war gesorgt, Bibliothekare stellten den Kindern Bücher vor usw. Heute sind sich die Kinder völlig selbst überlassen. Ein trauriges Kapitel sind Erscheinungen des Verfalls und der Perspektivlosigkeit im Umfeld des Parkes: die verödete Rennbahn, das dem Ruin preisgegebene ehemalige Gästehaus, die leerstehende Schule in der Telemannstraße ...

• G. L.



Sonntag, den 8. Mai 2005, 20:00 Uhr, Schauspielhaus Leipzig, politisch-kulturelles Festprogramm anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung

BEFREIT!

PAK

Konstantin Wecker Peter Sodann Rolf Hochhuth
Daniela Dahn, Diether Dehm/Letz, Emma, Maurenbrecher

Lieder und Texte nach dem 8. Mai

Veranstalter: DGB Region Leipzig, GEW Landesverband, IG Metall Berlin Brandenburg Sachsen, IG Metall Leipzig, ver.di Bezirk Leipzig-Nordsachsen, VVN/BdA Sachsen und VVN/BdA Leipzig, PDS Landesverband Sachsen und PDS Stadtverband Leipzig

Karten zu 18 EURO bzw. 14 EURO (ermäßigt) gibt es bei den Veranstaltern und in der PDS-Geschäftsstelle (Liebknecht-Haus) Braustr. 15

Anzeige

Der Direktor des Münchner *ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung*, Hans-Werner Sinn, wendet sich in einem Gastkommentar für das *Handelsblatt* gegen die Einführung von Mindestlöhnen. Er schreibt: „Die Regierung will deutsche Arbeitnehmer vor Lohndumping schützen, doch sie schadet damit dem Land und treibt es weiter auf dem Irrweg einer seit Jahrzehnten überzogenen Lohnpolitik voran.“

Herrn Sinns Begründung zeugt allerdings von wenig Realitäts-Sinn: „Wenn die Polen bereit sind, billig für die Deutschen zu arbeiten, haben die deutschen Kunden den Vorteil, Handwerksleistungen, der Service in Gaststätten und viele

andere Güter und Dienstleistungen werden billiger. Das Realeinkommen der Deutschen steigt, und viele Arbeiten, die sonst unterblieben werden, können realisiert werden. Die Wirtschaft wächst.“

Sinnlos-Sinn

Dass irgendwas an seiner Argumentation nicht stimmt, muss er wohl selbst bemerkt haben, denn er räumt ein: Zwar „haben die einheimischen Arbeitskräfte, die direkt mit den Polen konkurrieren, einen Nachteil, weil ihre Löhne unter Druck kommen. Doch das ist kein volkswirtschaftlicher Nachteil, weil ihm ein bis auf den letzten Cent identischer Vorteil der Kunden und Arbeitgeber der einheimischen Arbeitnehmer gegenübersteht.“

Alles verstanden?

• H. U.



Sachsen brauchte 5000 Lehrer mehr!

Prof. Dr. Peter Porsch auf der Lehrer-Demonstration vor dem Kultusministerium am 7. April:

Wir demonstrieren hier heute – als GEW-Mitglied und Demonstrationsteilnehmer erlaube ich mir das so zu sagen – für die Zukunft unseres Landes. Diese Zukunft wächst nicht in erster Linie aus immer mehr Straßen und neuen, schönen Verwaltungsgebäuden, sie bedarf vor allem der Investitionen in die Köpfe der jungen Generation. Das gehört zur Klarheit und Wahrheit der laufenden Haushaltsberatungen des Landtags, zu denen die PDS-Fraktion einen Alternativen Haushaltsansatz beigesteuert hat, der eindeutige Prioritäten setzt: Abbau der Ministerialbürokratie statt Abbau von Lehrerstellen!

Würden das Schulgesetz und die Lehrpläne wirklich ernst genommen, müssten über 5000 Lehrerstellen zusätzlich geschaffen werden. Stattdessen soll die Zahl der Lehrerstellen bis 2009 um weitere 7500 sinken – das käme einer Halbierung seit 1991 gleich. Das Schulsterben geht auch nach Ende der CDU-Alleinherrschaft weiter.

Die PDS-Fraktion nimmt die Koalitionsvereinbarung beim Wort, in der das Ziel festgeschrieben ist, jeden einzelnen Schüler optimal zu fördern. Mehr Lehrer für kleine Klassen – wir bleiben dabei!

Widerstand gegen Flaths Pläne

15 000 Lehrer, Eltern und Schüler protestieren gegen Stellenabbau

LN. Am 7. April auf dem Platz vor dem Kultusministerium in Dresden: 15 000 Demonstranten aus ganz Sachsen bekundeten ihren Unmut gegenüber den Plänen des Ministers. Mit der Begründung sinkender Schülerzahlen will Flath bis 2009 rund 7500 Lehrerstellen abbauen, mehr als jede vierte von derzeit 33 400 Stellen. Den Lehrern bietet er dafür Teilzeitverträge an. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Sächsische Lehrerverband lehnen solche Einschnitte strikt ab und verlangen den Stopp des Stellenabbaus.

Schon heute, darauf wiesen Lehrervertreter und Demonstranten hin, gibt es an Mit-

telschulen und Gymnasien einen Unterrichtsausfall von mindestens vier Prozent. Die Klassenstärken sind für eine erfolgreiche Unterrichtstätigkeit ohnehin entschieden zu hoch, teilweise sind an Mittelschulen und Gymnasien 30 Schüler und mehr in einer Klasse. Bei weiterem Stellenabbau sind auch die außerunterrichtlichen Bildungsangebote und die Zusammenarbeit mit den Eltern bedroht. Für die Lehrer ergeben sich zudem erhebliche Verdiensteinbußen.

Das Urteil der Demonstranten war einhellig: Der Kurs des Ministers ist zukunftsfeindlich, und: „Flath – setzen, fünf“.

Mittlerweile hat auch die am

gleichen Tage im Kultusministerium tagende zweite Runde der Tarifverhandlungen für die rund 17 000 Lehrer an Sachsens Mittelschulen und Gymnasien keine Einigung gebracht. Weitere Gespräche sind für den 19. April vorgesehen.

Gegen die mit dem Abbau von Lehrerstellen einhergehenden weiteren Schulschließungen ist eine Kampagne der PDS Sachsen gerichtet. Nachdem der Minister den konkreten Plan für die Schließung von nahezu einem Drittel der sächsischen Mittelschulen vorgelegt hat – das soll noch diesen Monat geschehen –, wird die PDS jeweils vor Ort protestieren, äußerte die Landesvorsitzende Cornelia Ernst.

Niedriglöhne bringen keine Arbeitsplätze

LN. Sachsens DGB-Vorsitzender **Lucassen** hat die Vorschläge zur Einführung von Mindestlöhnen begrüßt: Gerade die ostdeutschen Erfahrungen zeigten, dass dauerhafter Niedriglohn keine Arbeitsplätze bringt, sondern eher die Menschen abwandern lässt. Inzwischen kündigte

die **PDS-Landtagsfraktion** eine „Sachseninitiative für Mindestlöhne“ an, die dem jüngsten massiven Trend zu Billiglohn-Arbeitsplätzen entgegentritt. Sie fordert die Landesregierung auf, den sächsischen Tarifausschuss mit dem Ziel einzuberufen, dass alle Branchen die Ta-

rifabschlüsse für allgemeinverbindlich erklären. Sachsen dürfe öffentliche Aufträge nur noch an tariftreue Unternehmen vergeben. Weiterhin sollten staatliche Fördermittel für Unternehmen künftig an die Bedingung geknüpft werden, dass die Betriebe Tarifverträge einhalten.

Schummelei bei Ganztagschulen

LN. Es gibt zwar in Sachsen 1328 Schulen mit Ganztagsangeboten, stellt die PDS-Landtagsabgeordnete **Julia Bonk** fest, davon seien aber allein 847 Grundschulen mit Hortangebot, hinzu kommen 167 Förderschulen, die längere Betreuung anbieten, und 314 Schulen mit freiwilligen Ganztagsangeboten. Das habe nichts mit dem pädagogischen Ansatz zu tun, der hinter dem Konzept Ganztagschule steht, sondern sei statistisches Schummeln. Alte Strukturen würden als neue Projekte verkauft.

Sportförderung drastisch gekürzt

LN. Wie MdL Dr. André Hahn nach der Beratung des Etatteils Schule und Sport im zuständigen Landtagsausschuss informierte, wird die Sportförderung in Sachsen deutlich gekürzt. Das Gesamtvolumen sinkt von bisher 36,5 auf 30,4 Millionen Euro. Ungeachtet der Umgruppierung einiger Mittel bleibt im Doppelhaushalt für 2005/2006 ein Millionenloch. Die Zuschüsse für den Breiten- und Nachwuchsleistungssport sowie die Förderung des Landessportbundes sinken um 350 000 Euro – trotz Mitgliederzuwachs.

100 Tage Hartz IV

Am 10. April war das Hartz-IV-Gesetz 100 Tage in Kraft.

Das sind die Fakten aus Sachsen:

- Mindestens 450 000 Menschen sind auf Arbeitslosengeld II angewiesen.

- Einschließlich der Kinder der „Bedarfsgemeinschaften“ und weiterer Familienangehöriger ist etwa jeder fünfte Bürger mittelbar von Hartz IV betroffen.

- 55 000 junge Leute haben entgegen den Zusagen keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz.

- Tausende erhielten die Aufforderung, ihre Miete zu mindern, was faktisch den Umzug bedeutet.

Hoffnung auf Ein-Euro-Jobs?

Aktionstag der PDS nach 100 Tagen Hartz IV

LN. „Die Förderung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen hat für uns oberste Priorität. Dazu trägt das Hartz-IV-Gesetz nichts bei.“ Das erklärte die PDS-Landtagsabgeordnete **Caren Lay** und **Dietmar Pellmann** nach einem Aktionstag ihrer Landtagsfraktion in Bautzen („Hartz-IV-Hauptstadt“, wie eine ostdeutsche Illustrierte schrieb). Sie stellen im Gegenteil eine einseitige Orientierung auf Ein-Euro-Jobs fest; die Förderung von ABM oder Fortbildung und Umschulung finde fast nicht mehr statt. Ein-Euro-Jobs dürften nur auf der Basis der Freiwilligkeit vergeben werden, sie seien keine Lösung für alle Arbeitslosen.

In den Kreisen, die sich für das sogenannte Optionsmodell der Betreuung von Langzeitarbeitslosen in eigener Regie entschieden haben, sei die Qualifizierung der Mitarbeiter bis heute nicht abgeschlossen, was u. a. zu vielen fehlerhaften Bescheiden führte. So gibt es allein im Landkreis Bautzen 3500 Widersprüche von Betroffenen – ein Viertel aller Bescheide. Auf völliges Unverständnis stößt bei der PDS-Fraktion die Spaltung der Zuständigkeit bei der Berufsberatung, so dass in den betreffenden Kreisen die Arbeitsagentur Kinder von Langzeitarbeitslosen nicht mehr betreut.

Unter den Langzeitarbeitslosen in den sächsischen sechs Kreisen mit Optionsmodell leben viele Familien in Eigenheimen. Nun stehen etliche Häuslebesitzer infolge der Kredite, die sie mit dem Arbeitslosengeld II nicht mehr bedienen können, vor der Zwangsversteigerung. Selbst die Sächsische Aufbaubank lehnt es ab, Kredite zu stunden.

6. April

Leipzig. Die Kriminalitätsstatistik weist Leipzig mit rund 69 000 im Jahre 2004 registrierten Delikten nach wie vor als Spitzenreiter aus, gefolgt von den Bereichen Chemnitz/Erzgebirge und Dresden.

7. April

Torgau. Das Innenministerium suspendiert den Torgauer Polizeichef, **Steffen Hobeck**, vom Dienst, weil gegen ihn ein Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung läuft. Die sächsische Anti-Korruptionseinheit ermittelt zudem gegen ihn wegen Bestechlichkeit.

Dresden. Wie der sächsische Handwerkstag mitteilt, gab es 2004 im Lande 565 Konkursverfahren im Handwerk gegenüber 635 im Jahr zuvor.

10. April

Plauen. Die Stadt gedenkt der rund 2360 Bombenopfer im Zweiten Weltkrieg. Vor 60 Jahren hatte der schwerste Angriff stattgefunden.

Kamenz. Nach Mitteilung des Statistischen Landesamtes haben sich im vergangenen Jahr geplante Bauvorhaben

SACHSEN-CHRONIK

5. bis 18. April

vielfach verzögert. Das betrifft über 15 000 Wohnungen; in mehr als der Hälfte der Fälle wurde der Bau nicht einmal begonnen.

11. April

Kamenz. Der Bevölkerungsrückgang in Sachsen hat sich, wie das Landesamt für Statistik mitteilt, im vergangenen Jahr leicht verringert. Der Freistaat verlor rund 25 600 Einwohner gegenüber 27 600 im Jahr zuvor. Die Verluste ergeben sich zu 60 Prozent aus Geburtendefiziten und zu 40 Prozent aus der Bevölkerungswanderung.

Dresden. Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsen will ab 2007 ein Viertel ihres Verwaltungspersonals einsparen. Der Entscheidung der Landessynode liegt eine Prognose über den

Rückgang der Gemeindeglieder von gegenwärtig 840 000 auf 700 000 bis 2010 und auf 526 000 bis 2030 zu Grunde.

Leipzig/Dresden. Wie aus den Justizorganen bekannt wird, sind bei der Landesbank-Tochter Mitteldeutsche Leasing AG Dokumente gefälscht worden. Ein ehemaliger Mitarbeiter hat eingeräumt, auf Anweisung Unterlagen angefertigt und rückdatiert zu haben.

12. April

Dresden. Laut sächsischem Justizministerium haben Graffiti-Sprayer im Jahre 2004 landesweit an 5165 erfassten Objekten einen Schaden in Höhe von geschätzt 1,28 Millionen Euro verursacht.

Dresden. Der Wirtschaftsverband Sachsenmetall teilt mit, dass im sächsischen Wirtschaftsministerium vertrauliche

Daten versehentlich per elektronische Post an einen unbekanntem Verteiler versendet wurden.

13. April

Dresden. Die NPD-Landtagsfraktion verlangt im Haushaltsausschuss, im Etat keine Mittel für Zuschüsse zum Bau von Synagogen und für die Zusammenarbeit mit Israel vorzusehen. Die Ausgaben für Asylbewerber will sie drastisch kürzen.

Leipzig/Dresden. Die Industrie- und Handelskammern beider Bezirke sprechen sich gegen die Erweiterung des Entsendegesetzes und damit die Festlegung von Mindestlöhnen aus.

Schkeuditz. Archäologen präsentieren umfangreiche und neue Erkenntnisse verheißende Funde aus der Jungsteinzeit, die bei Bauarbeiten am Flughafen freigelegt wurden.

15. April

Grimma. Laut einem Pressebeitrag sind im Muldentalkreis durch eine Verwaltungspanne mehr als 600 Empfänger des Arbeitslosengeldes II ohne Versicherungsschutz.

PROF. DR. GERHARD MÜLLER aus Taucha veröffentlichte 2003 im „Tauchaer Verlag“ das stark beachtete Buch „Taucha während der Weimarer Republik 1918–1933“. Sein Vorhaben, einen weiteren Band mit dem Titel „Taucha im Faschismus 1933–1945“ zu erarbeiten, blieb unvollendet. Gerhard Müller verstarb am 12. August 2004. Mit der freundlichen Zustimmung seiner Frau, Prof. Dr. Eva Müller, veröffentlicht LN die bis zu seinem Tode erarbeiteten Manuskriptteile. Der erste Teil erschien in LN 7/05. Nachstehend der zweite Teil.

Schon in der Weimarer Republik spielten in Taucha öffentliche Feste und Feiern eine bedeutsame Rolle im gesellschaftlichen Leben. Getragen wurden sie meist von den 158 Vereinen, Verbänden und gesellschaftlichen Organisationen in der Stadt. In der Nazizeit nahm die Anzahl der Feste und Feiern weiter zu, wobei der größte Teil von der NSDAP, ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden organisiert wurde. Die meisten dieser Feiern, die zentral für ganz Deutschland ausgerichtet waren, wurden auch von den Tauchaer Nazis zelebriert. Dazu kam aber noch eine Vielzahl von Veranstaltungen, die örtlichen Charakter trugen und sowohl von der Ortsgruppe der NSDAP als auch den Vereinen und Verbänden getragen wurden. In der Regel war die Stadt Taucha überflutet von Hakenkreuzfahnen und Illuminationen, die Veranstaltungssäle waren überfüllt, an den Demonstrationen nahmen Tausende von Einwohnern teil, viele von ihnen in den Uniformen der NS-Organisationen. In den Reden wurden überschwänglich die Erfolge und die Siege des Dritten Reiches gepriesen bzw. in den letzten Kriegsjahren die Unbesiegbarkeit Deutschlands und der deutschen Wehrmacht behauptet und immer wieder in allen Tonarten die Größe Adolf Hitlers hervorgehoben, der gesandt war, die Welt neu zu ordnen und Deutschland und den Deutschen den Platz an der Sonne zu sichern.

Aus der Vielzahl der Feiern und Feste, die in Taucha stattfanden, seien einige besonders hervorgehoben.

Der **1. Mai** verlief in den nächsten Jahren ähnlich wie 1933, wurde jedoch von Jahr zu Jahr straffer von der NSDAP geführt. 1935 erfolgte der Anmarsch der einzelnen Betriebsgefolgschaften zur Kundgebung (etwa 3000 Personen) in Sechser-Reihen. Der „Anzeiger für Taucha und Umgebung“ (ATU) bezeichnete im politischen Teil den 1. Mai 1935 in Deutschland als die „größte und stolzeste Demonstration der Welt“.

1937 marschierten die Mitarbeiter und Betriebsführer in acht Marschkolonnen zum Festumzug und der Ortsgruppenleiter forderte auch wieder einen geordneten Abmarsch. In den folgenden Jahren wurde besonders gefordert, dass alle Teilnehmer mit ihren Betrieben zu marschieren hatten. 1939 fand die Hauptkundgebung erstmals auf dem Marktplatz statt, der inzwischen zum Appellplatz umgestaltet war (mit großem Podium, Kandelaber und fünf Kugelleuchten, großer Demonstrationswand mit Hakenkreuz zu beiden Seiten des Podiums), wo die Staatsfeier aus Berlin mit der Rede von Hitler übertragen wurde. In der Marschkolonnen marschierten die Betriebe, wieder geschlossen, an der Spitze die Betriebsführer, die Betriebsobmänner und

Am Beispiel Taucha: Feste und Feiern im Dienste nazistischer Ideologie

die Vertrauensleute, dann die Männer und schließlich am Schluss die Frauen. Diese dirigistischen und kleinlichen Vorgaben der Ortsgruppe wurden offensichtlich von den Betriebsbelegschaften auch befolgt.

Ab 1940 fanden in Taucha wie überall in Deutschland wegen des Krieges keine Maidemonstrationen mehr statt. Die Betriebe wurden darauf verwiesen, eigene Feiern durchzuführen, ohne Bahn und Omnibusse zu nutzen („Räder müssen rollen für den Sieg“). Ab 1942 ruhte am „Feiertag des deutschen Volkes“ die Arbeit, der Tag war ausschließlich zur Entspannung der schaffenden Bevölkerung gedacht, Veranstaltungen fanden nicht statt und auch die Beflaggung unterblieb. Die Nazis hatten damit den 1. Mai, der in langfristiger Tradition der internationalen Arbeiterbewegung stand, die sie versucht hatten neu zu interpretieren, ab 1940 abgeschafft.

Nachdem 1933 das erste **Heimatsfest** erfolgreich verlaufen war, planten Bürgermeister und Ortsgruppenleitung seine Fortsetzung. In den nächsten Jahren war der **Tauchscher** fest in das Heimatsfest integriert, fand in der Regel Anfang September Sonnabend bis Montag statt, wobei der Sonnabend als Tauchscher, als Kinderfest geplant war. 1934 nahmen am Umzug rund 800 Kinder teil, die sich als Indianer, Trapper, aber auch Prinzen und Prinzessinnen und Gestalten aus deutschen Märchen verkleidet hatten. Auch eine Germanengruppe trat erstmals auf. Nach dem Umzug spielten die Kinder auf der Schöppewiese.

1935 sprach der ATU von einem fröhlichen Fest der Jugend, wobei die Zahl der kostümierten Kinder relativ gering blieb. Dagegen war der montägliche Krammarkt sehr gut besucht. Aber auch nach dem sonntäglichen Festumzug besuchten die Tauchaer Bürger die Geschäfte und Kneipen, die alle geöffnet waren. Der ATU sprach in diesem Jahr von einer Hochstimmung, die in den letzten Jahren nicht erreicht worden war.

1936 wurden der Tauchaer Volkstumsausschuss von der Leipziger Bevölkerung unter Druck gesetzt, die den Tauchscher ergiebiger feierten als die Tauchaer Bürger. Mit einer massiven Werbung versuchten Bürgermeister und Stadtverwaltung dem entgegenzuwirken („Alles macht den Tauchscher mit!“) und durch neue Ideen (Fotowettbewerb, Ballon-

rundflüge, Luftschaukel, Glücksrad, viele Stände auf dem Markt, Lautsprecheranlage auf der Festwiese am Schöppenteich) den Tauchscher attraktiver zu gestalten. Der ATU berichtete, dass jetzt auch Fremde in größerer Zahl in der Stadt waren und die Straßenbahn mit Einsatzwagen fuhr. In diesem Zusammenhang wurde das dreitägige Heimatsfest oftmals begrifflich mit dem Tauchscher, der eigentlich ein Kinderfest war, gleichgesetzt. Das zeigte z. B. die Plakette von 1936 mit der Inschrift „Der Tauchscher – Marktfest in Taucha 5.–7. September 1936“. Am eigentlichen Tauchschen, der in diesem Jahr mit dem Schulfest zusammengelegt wurde, nahmen 1500 Kinder teil. Erstmals zeigte der sonntägliche Umzug der Tauchaer Bürger neben traditionellen Festwagen auch Wagen zu KdF-Reisen zu Lande und zur See. Gleichzeitig verbunden damit waren jedoch auch Elemente, die die Aufrüstung und die Kriegsvorbereitung deutlich machten. So demonstrierte der Reichsluftschutzbund, Ortsgruppe Taucha, und zeigte Gasmasken, einen Luftschutzkeller und auch eine Fliegerbombe.

1937 erlebte die Kostümierung beim Kinderumzug noch einmal einen Höhepunkt, nicht zuletzt durch die Zusammenarbeit mit dem Karl-May-Museum in Radebeul. Es wurde sogar versucht, aus Taucha ein Indianerdorf zu machen. Als Festplakette für die gesamte Veranstaltung war ein Indianerkopf gestaltet. Alle drei Tage waren unter dem Einfluss des Karl-May-Museums mit dem Leben der Indianer verbunden. Am Sonnabend, dem 7. September 1937, marschierten 2000 Kinder vorwiegend als Indianer und Trapper verkleidet an Petty Frank vorbei, einem Freund der „Rothäute“. Auch der große Festumzug (5000 Personen) am Sonntag war davon betroffen, der unter das Motto „Die Friedenspfeife geht um“ gestellt war. Der sonntägliche Krammarkt stand unter dem Sinnbild „Stadt in Flammen“, wobei 1500 Kinder mit Lampions zur Schöppewiese zogen, wo sie ein großes Feuerwerk erleben konnten.

So recht konnten sich die nazistischen Ideologen in Taucha nicht mit dieser Interpretation des Tauchschen als Fest der Indianer anfreunden. Schon in den vorangegangenen Jahren hatten sie versucht, Bilder aus den Sagen der Germanen und den Märchen der Brüder Grimm in den Umzügen ein größeres Gewicht zu verlei-

hen. Dieses Vorhaben war jedoch gescheitert. Überlegungen, anstelle des Tauchschen einen Tag der Kameradschaft für die Soldatenkinder zu etablieren, fand in der Stadt kaum Widerhall.

Die von der NSDAP für ihre Mitglieder angewiesene Beflaggung der Häuser, der sich die übrige Bevölkerung anschließen sollte, führte zwar immer wieder zu einer mit Nazisymbolen überfluteten Stadt, änderte aber am Inhalt des Tauchschen nichts.

1938 war die Symbolik des Tauchschen der Trapper, der auch auf der Festplakette stilisiert war. Jedoch wurde immer deutlicher, dass die Zeit des Tauchschen zu Ende geht. Das schon bis ins Detail geplante Fest 1939 wurde vom Bürgermeister in einer amtlichen Bekanntmachung abgesagt. Es fanden in den folgenden Jahren zu den bisherigen Terminen nur noch der Jahrmarkt auf der Schützenwiese statt, auf dem ein riesiger Betrieb und ein reges Gedränge herrschte. Dieser Jahrmarktrummel blieb auch in den nächsten Jahren bis 1943 erhalten.

Den **Heldengedenktag** begingen die rechten Parteien, Militärvereine, Schützengesellschaft, der Männerchor „Lyra“, der Männergesangsverein u. a. auch schon in der Weimarer Republik. Sie gedachten der Gefallenen des Ersten Weltkrieges. Diese Tradition setzte nach 1933 die NSDAP fort, wobei in den ersten Jahren immer ein gemeinsamer Gottesdienst in der Kirche am Anfang der Helden-ehrerung stand. Ab 1935 beteiligte sich an den kirchlichen Gedenkfeiern die NSDAP nicht mehr, die Feiern wurden auch zeitlich getrennt (Gottesdienst 9.30 Uhr, NS-Gedenkfeiern 11.15 Uhr), und nur noch einige wenige Vereine nahmen an den Gedenkfeiern der Kirche teil. Das hing mit den inzwischen angewachsenen Differenzen zwischen Kirche und NSDAP zusammen. Die offiziellen Gedenkfeiern fanden am Kriegerdenkmal im Park statt und endeten immer mit einem Vorbeimarsch an den Hoheitsträgern und Führern am Parteihaus am Markt. Im Bericht des ATU darüber wird hervorgehoben, dass Deutschland seine Toten durch die Wiederherstellung der Wehrhoheit ehrt. An den Feierlichkeiten zum Gedenktag am 13. März 1938 nahmen in Taucha 1200 uniformierte Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände teil. Ab 1939 wurden schließlich der Heldengedenktag und der von den Nazis etablierte Tag der Wehrmacht zusammengeführt. Der Propagandaleiter der NSDAP-Ortsgruppe, Oberlehrer Martin Lahr, der auch die wichtigsten ideologischen Artikel der Tauchaer Nazis im ATU schrieb, wollte die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges mit den Worten „Aus den Opfern gewinnen wir den Glauben an den Sieg“ besonders ehren.

Fotos: Stadtkern / Rathaus



Es wäre undenkbar, dass der meisterliche Journalist, der unaufhaltsame Wirklichkeitsentdecker und Wahrheits-sucher mit dem Beinamen „rasender Reporter“ (weil stets an Brennpunkten zur Stelle) sich nicht in die vorderste Front des Kampfes gegen den Faschismus eingereicht hätte. Insbesondere in seinen literarischen Reportagen, mit denen er die Welt in ihrer Buntheit wie ihren Grauschattierungen, oft mit kriminalistischen Spürsinn, ergründete und ebenso glaubhaft wie unterhaltsam mit sprachlicher Virtuosität abbildete, äußern sich tiefe Menschlichkeit, scharfe Beobachtungsgabe und intelligenter Humor. Wie er seine geistigen Waffen in ihrer ganzen Vielfalt im Kampf gegen den Faschismus einsetzte, sei hier kurz skizziert.

Als sich der am 29. April 1885 in Prag Aufgewachsene 1921 in Berlin als Journalist niederließ, hatte er schon ein Vierteljahrhundert journalistische und schriftstellerische Praxis hinter sich und sich mit Tat und Wort eindeutig auf dem linken Flügel der politischen und sozialen Kämpfe positioniert.

1933 gehörte er zu jenen, die noch in der Nacht des Reichstagsbrandes verhaftet wurden; erst nach Intervention des tschechoslowakischen Außenministeriums wird er in seine Heimat abgeschoben. Literarisch verarbeitete er das Ereignis in der Reportage „Der erste Schub“, später wesentlich erweitert, gemäß seiner Art, sich nicht Momentaufnahmen zu begnügen, mit dem Titel „In den Kasematten von Spandau“. Das sind vermutlich die ersten literarischen Zeugnisse über die Errichtung der faschistischen Diktatur überhaupt. Noch vor Beginn des Prozesses gegen van der Lubbe entlarvt er in „Der Reichstagsbrand – Kriminalistische Bemerkungen“ scharfsinnig die Situation und stellt die Anstifter und ihre politischen Motive bloß.

Kischs Reportagebände – erschienen waren bis dahin u. a. „Der rasende Reporter“, „Zaren, Popen, Bolschewiken“,

In der Altstadt, im Schaufenster des Uhrmachers, steht eine große Uhr. Eigentlich ist es nicht eine Uhr, sondern viele Uhren zu einer einzigen vereinigt. Die Uhrengruppe stellt die Welt dar, Raum und Zeit in fünf Kontinenten. Jedes Zifferblatt trägt den Namen einer anderen Stadt, und der Zeiger zeigt, welche Stunde dort herrscht, während wir in der Prager Altstadt vor dem Schaufenster des Uhrmachers stehen und seine Uhren-Uhr anschauen. Ein einziges Uhrwerk, ein massiges und gewichtiges metallenes Uhrwerk bewegt all die vielen Zeiger. Rund um das Zifferblatt Prag sind die anderen angeordnet, und auf jedem Zifferblatt ist eine andere Tagesstunde oder Stundenminute ausgewiesen. Das Zifferblatt Burgos ist nicht auf der Uhr; damals, als der Uhrmacher sie verfertigte, hatte Burgos noch die gleiche Zeit wie Madrid. Jetzt geht die Uhr von Madrid voraus, die Uhr von Burgos geht zurück. Vielleicht könnte man, wenn man am 1. Mai das Ohr ans große Uhrglas legt, das Klicken hören, das wie der Marschtakt der Arbeiterbataillone klingt. Vielleicht könnte man sehen, daß die Zeiger rote Fahnen tragen.

Auf allen Zifferblättern ist der 1. Mai. In Prag ist sieben Uhr morgens, der Arbeiter von Ringhoffer schreckt aus dem Schlaf empor, die Sonne hat ihn geweckt, nicht seine Frau hat ihn geweckt, nicht der Wecker. Teufel, ist sein erster Gedanke, ich habe verschlafen. Dann nimmt er den Fluch zurück, denn ihm fällt ein: Heute

„Lieber Kollege Meldegänger! ...“

Zum 120. Geburtstag des „rasenden Reporters“ Egon Erwin Kisch



Egon Erwin Kisch

Rechts: 1937 während des Spanischen Bürgerkrieges bei den Internationalen Brigaden

In der Bildmitte mit Erich Weinert und Willi Bredel



„Hetzjagd durch die Zeit“ und „Paradies Amerika“ – gehörten zu den Werken, die der nazistischen Bücherverbrennung im Mai 1933 zum Opfer fielen.

Im Auftrag von Henri Barbusse, des Vorsitzenden des Weltkomitee gegen Krieg und Faschismus, fährt er im November 1934 zum Weltkongress gegen Faschismus und Krieg nach Australien und erzwingt dort mit einer und kühnen und weltweit Aufsehen erregenden Aktion – einem Sprung von der Reling auf das 18 Fuß tiefere Kai – den Aufenthalt. Dadurch bewirkte er, so schreibt der australische Schriftsteller Frank Hardy, dass sich die Bewegung gegen Krieg und Faschismus in Australien zu einer Massenbewegung entwickelte.

Im Exil engagierte sich Kisch unermüdlich im politischen Kampf, „Es gab keine Aktion der antifaschistischen Schriftsteller (in Paris)“, berichtet Bruno Frei, „an der Kisch nicht führend beteiligt war.“

1937/38 finden wir ihn an den Fronten des Spanischen Bürgerkriegs inmitten der Verteidiger der spanischen Republik gegen das faschistische Franco-Regime. In „Soldaten am Meeresstrand“ und „Die drei Kühe“ spürt er vor allen den Motivationen der antifaschistischen Kämpfer nach.

Wo er sich auch in der Welt befindet, so auch in Mexiko, das bis zur Rückkehr nach Prag sein Exilland ist, sind ihm der Faschismus in Europa, seine Opfer und die antifaschistischen Kämpfer gegenwärtig. So verbindet er in „Indiodorf unter dem Davistern“ seine Eindrücke bei einem Besuch von Indios jüdischen Glaubens mit den grauenhaften Visionen über das Schicksal der Juden in Europa. Und in „Mexikoforschung bei den Nazis“ enthüllt er die Misere deutscher Wissenschaftler im Dritten Reich.

Ein Glanzstück seiner antifaschistischen Polemik ist der fingierte „Briefwechsel

mit Hitler“ („Lieber Kollege Meldegänger! ...“), in der er mit den Mitteln der Realsatire in der Person Hitlers die Aufgeblasenheit und Hohlheit des faschistischen Systems ironisiert, aber zugleich, den Ton wechselnd, keine Zweifel an dessen Gefährlichkeit und Inhumanität lässt. „... daß man auch mit einem wirklich verliehenen EK I... ein Feigling sein kann, ein erbärmlicher Feigling, der Mordwut entfesselt ...“

1946 wohnt er der Hinrichtung des Nazi-Statthalters in Böhmen und Mähren bei. In der Reportage „Die letzten Schritte des K. H. Frank“ ist ihm das Ereignis Anlass, mit großer Nüchternheit, ohne jegliches Pathos, dessen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Augen zu führen. Der letzte Satz lautet: „Dort oben hängt ein Mensch, der, wenn er je einer war, keiner mehr ist.“

• GÜNTER LIPPOLD

Egon Erwin Kisch

Am 1. Mai vor den Uhren

wird gefeiert; unsere Väter haben sich das erkämpft. Ich kann noch schlafen, zum Aufmarsch ist noch Zeit.

In Berlin fehlen noch vier Minuten zur siebenten Stunde, aber der Werkmeister von Siemensstadt ist schon aufgestanden, und auch er hat dabei geflucht. Aber er nimmt den Fluch nicht zurück wie sein Kollege von Ringhoffer. Er muß in die Hosen schlüpfen, er muß auf die Sekunde beim Sammelplatz antreten, sonst verpetzt ihn der Gruppenführer, und er fliegt aus der Arbeit, vielleicht ins Konzentrationslager, ist er doch als alter Sozialdemokrat schon längst bemakelt.

In Hamburg hat der lange Minutenzeiger sogar noch ganze zwölf Minuten vor sich, ehe er den Zwölfer erreicht, der die siebente Morgenstunde bedeutet. „Wat die heut wieder quatschen werden“, brummt Klaus, ein Dreher bei Blohm & Voß, „heut werden uns die Herren Führer vertellen, daß es für unsere Gesundheit besser ist, überhaupt kein Brot zu fressen!“

In London dunkelt sich Whitechapel High-Road, und bald ist sie schwarz von Menschen, sie ordnen sich geschlossen, um in den Hydepark zu ziehen; durch das Gittertor von Highgate schreiten Arbeiterdelegationen, sie können die Kränze kaum schleppen, die Karl Marxens letzte

Wohnstätte schmücken sollen.

In Paris ist eine Million Werktätiger auf jenen Straßen, die in der Richtung zum Père Lachaise verlaufen, zum Grab der Commune-Kämpfer. Rote Fahnen der F.I.A., das ist: der Sozialdemokraten; rote Fahnen der P.C.F., das ist: der Kommunisten; rote Fahnen der C.G.T., das ist: der Gewerkschaften, rote Fahnen bei allen, die Volksfront lebt. Herriot und tausend andere Radikalsozialisten marschieren mit, grüßen, auch sie, mit geballter Faust, die Volksfront lebt. Der Heerbann der Arbeit defiliert bis zur letzten Stunde der Uhr an den erschossenen Genossen von 1871 vorbei und am Denkmal von Henri Barbusse. Während der Prager Metallarbeiter sein Haus verläßt, um sich zum Umzug einzustellen, haben seine Kollegen in Sidney und Melbourne ihren Massenumzug schon beendet und strömen dem Meeresstrand zu ...

In Schanghai geht heute der Rikschakuli ohne Rikschas durch Nanking Road. Wenn kein Polizist in Sicht ist, verteilt er Flugblätter für die Partei, wenn ein Polizist in Sicht kommt, läuft er davon, schneller als er lief, wenn ein Fahrgast ihn noch so heftig anfeuern würde.

In Moskau ist der Milizionär Genosse des Demonstranten. Droben auf den Bal-

konen des G.U.M.-Hauses, dem Lenin-Mausoleum gegenüber, stehen die russischen Dichter vor dem Mikrofon und schildern, was auf dem Roten Platz geschieht. Aber vermögen sie es zu schildern? Diesen Ozean der Freude, diese Armeen von Armisten und Arbeitern ...

Leg nun dein Ohr auf das Zifferblatt Madrids. Du hörst den gleichen zuversichtlichen Gang des Räderwerks, obwohl Flugzeuge über der Stadt schwirren, um unschuldige Kinder und rote Fahnen mit Bomben zu belegen. Du stehst in der Prager Altstadt vor der Uhr. Du hörst den Rhythmus des Räderwerks und fühlst, daß er mitten im Madrider Bombenkrachen und Maschinengewehrgeknatter der gleiche ist wie der Schlag deines Herzens und wie der Marschtritt allüberall auf den Zifferblättern des marschierenden Mai.

Moskau ist zwei Stunden vor Prag voraus, achtundeinhalb Stunden vor Chicago, fast zehn Stunden vor den Fordwerken in Detroit, einen ganzen halben Tag vor Hollywood. Aber nicht nur die Längengrade und die Himmelsrichtung entscheiden die Stunde – wenn du die All-Uhr nicht nur mit Auge und Ohr betrachtest, sondern auch mit Hirn und Herz, so merkst du das schon.

Sieh das Uhrwerk! Es ist das gleiche für alle Zifferblätter, eine Kraft bewegt die Zeiger, eine Kraft bestimmt die Stunde. Und überall wird einmal die gleiche Stunde schlagen.

Uhren aller Länder, vereinigt euch!

(1937)

LN. Vor 30 Jahren, am 30 April 1975, kam die heiß ersehnte Nachricht: Saigon ist frei. Der Krieg in Vietnam ist zu Ende. Was waren dann die Demonstrationen zum 1. Mai für wunderbare Friedens- und Solidaritätsfeste mit dem tapferen vietnamesischen Volk!

Die großen, mächtigen Vereinigten Staaten, die die Hauptlast dieses unerklärten Krieges ohnehin der südvietnamesischen Nationalarmee aufbürdeten, die, wie Luftwaffengeneral Le May erklärte, die Kommunisten in die Steinzeit zurückbomben wollten, waren geschlagen.

Das mit der Steinzeit war mit Hunderttausenden Tonnen Bomben, mit Napalm und Agent Orange ja tatsächlich so gut wie wahr gemacht worden. Mehr als 1,1 Millionen vietnamesischer Soldaten verloren ihr Leben. Zwei Millionen Zivilisten wurden, als ihr Land zu einem Schlachthaus gemacht wurde, getötet – auf einen Quadratmeter Boden fielen durchschnittlich drei Bomben. Niemals erwogen die USA, auch nur einen Cent Entschädigung zu zahlen. Kein US-Politiker, kein Militär (außer Leutnant Calley für das Massaker von Son My) musste sich für die Verbrechen in diesem unerklärten Krieg verantworten.

Vor 30 Jahren: Ende des Vietnamkrieges

Sieg über die USA



Kinder – unschuldig Leidtragende in jedem Krieg – waren gezielt Opfer der US-amerikanischen Kugelbomben. Aber das war der Perversität nicht genug, es folgten Napalm und später Agent Orange ...

Mehr als zehn Jahre nach dem Beginn des Masseneinsatzes amerikanischer Truppen in Vietnam und der Dauer-Bombardierung der Demokratischen Republik Vietnam durch die US-Luftwaffe musste der von den USA ausgehaltene südvietnamesische Präsident Dong van Minh am 30. April 1975 gegenüber der FNL (der vietnamesischen Befreiungsfront/Vietcong)

Von WINFRIED STEFFEN

die bedingungslose Kapitulation erklären. Die letzten Amerikaner verließen Saigon. Das Bild ging um die Welt: Über die Strickleiter kletterte der USA-Botschafter in den letzten Hubschrauber und entging gerade so noch der Gefangennahme. Bald darauf wurde Saigon in Ho-Chi-Minh-Stadt umbenannt und am 2. Juli 1976 wurde das vereinigte Vietnam als Sozialistische Republik Vietnam gegründet.

Was war vorausgegangen?

Auch das früher kolonisierte Südostasien wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem der Schauplätze der Auseinandersetzung zwischen Ost und West. Gegen die am 2. September 1945 von Ho Chi Minh proklamierte Demokratische Republik Vietnam zog bald darauf die französische Kolonialarmee zu Felde. In diesem ersten Indochinakrieg zerschlugen die Vietnamesen die französischen Truppen in der legendären Schlacht bei Dien Bien Phu am 7. Mai 1954. Das Genfer Indochina-Abkommen vom 21. Juli 1954 teilte das Land entlang dem 17. Breitengrad provisorisch in eine Nordzone, die

von Ho Chi Minh (Onkel Ho) regiert wurde, und in eine Südzone, wo Kaiser Bao Dai, gestützt auf französische Truppen, als Staatschef wieder eingesetzt wurde. Letzterer verhinderte die im Abkommen vereinbarte Volksabstimmung über die Wiedervereinigung des Landes. Bao Dai wurde 1956 durch Ngo Dinh ersetzt, der die USA als neue Schutzmacht fand. Nach der Ermordung Kennedys ging dessen Amtsnachfolger Johnson zu einer aggressiven Kriegspolitik in Südostasien über. US-Präsident Johnson befahl nach einem angeblichen Angriff nordvietnamesischer Torpedoboote im Golf von Tonkin auf amerikanische Kriegsschiffe am 2. und 4. August 1964 und nach Rückversicherung durch den Kongress die Bombardierung der Demokratischen Republik Vietnam. Damit traten die USA offen in das Kriegsgeschehen ein. Die Bombardierung von Staudämmen, Industrieanlagen und Wohngebieten der DRV rief eine Welle von Protesten und Solidaritätsaktionen in aller Welt – besonders auch in der DDR – hervor.

Der Aufbau eines modernen Luftverteidigungssystems mit Hilfe der UdSSR ermöglichte eine ständig steigende Zahl von Abschüssen über der DRV (3239 bis Oktober 1968). Mit großen Offensiven wurden die USA-Truppen – zeitweise in Stärke von über 500 000 Mann – samt ihren Verbündeten vernichtend geschlagen. Diese Kampfserfolge zwangen die USA im Mai 1968 zur Aufnahme von Verhandlungen mit der DRV in Paris und im November 1968 zur Einstellung der Bombenangriffe. Sie mussten mit dem Abzug ihrer Truppen beginnen und konnten den endgültigen Zusammenbruch des von ihnen ausgehaltenen Marionettenregimes nicht verhindern.

Die USA erlitten im Vietnamkrieg die größte militärische und moralische Niederlage ihrer Geschichte. Sie mussten aus Südostasien weichen. 45 928 US-Soldaten sind hier gefallen, über 30 000 wurden verwundet, 1806 gefangen oder vermisst. Bis Januar 1973 kostete der Krieg 112 Milliarden Dollar. Im amerikanischen Volk breitete sich das Vietnam-Syndrom aus, das eine tiefe Langzeitwirkung aufweist.

Die überwiegende Mehrheit der DDR-Bevölkerung übte Solidarität mit dem kämpfenden und leidenden vietnamesischen Volk. Viele Werktätige spendeten dafür über Jahre regelmäßig einen Teil ihres Einkommens und unterstützten solidarisch in der DDR weilende vietnamesische Bürgerinnen und Bürger.

Und 30 Jahre nach diesen Ereignissen?

Der verheerende Krieg in Vietnam stärkte weltweit die Antikriegsbewegungen und stellte Regierung und Militär-Industrie-Komplex der USA an den Pranger. Nicht zu übersehen ist die Parallelität der

abenteuerlichen, aggressiven Politik des einstigen US-Präsidenten Johnson und der in der Gegenwart agierenden Bush-Administration. Ging es zu damaliger Zeit um die Vorherrschaft in Südostasien, so konzentriert sich das strategische Interesse nunmehr auf das Erdöl. Deshalb verursachte der USA-Imperialismus aus freien Stücken, ohne UN-Mandat den Irakkrieg, der begonnen hat, ein Irakkrieg zu zeugen.

Schon richtet die Bush-Regierung ihre Blicke auf den Iran – mit der fast vierfachen Fläche und der über dreifachen Einwohnerzahl wie der Irak. Von einer Befriedung des Irak sind die USA noch weit entfernt – trotz der stattgefundenen sogenannten freien Wahlen. Und die Kriegskosten haben bereits ein gigantisches Ausmaß erreicht.

Es bleibt zu hoffen, dass die Verbündeten der USA, darunter auch die deutsche Bundesregierung, Präsident Bush und seiner Mannschaft begreiflich machen, dass ein Erdölkrieg gegen den Iran ebenso wenig führbar ist wie ein nuklearer dritter Weltkrieg.

Atombomben für die BRD

Vor 50 Jahren, im März 1955, lagerten die USA zunächst nukleare Fliegerbomben in der BRD. Im April und Mai erfolgte dann die Stationierung von Raketen, Marschflugkörpern und Atomgranaten für Artilleriegeschütze. Drei Jahre später setzte der CDU-Kanzler Konrad Adenauer durch, dass die 1955 gegründete Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet wird. Auch Kampffjets der Luftwaffe sollten in der Lage sein, Atombomben in die Sowjetunion und andere Länder des Warschauer Paktes zu befördern. Bis heute befinden sich noch etwa 480 Atombomben auf verschiedenen Flugplätzen der BRD. Und ebenso üben noch immer Flieger des Jagdbombengeschwaders 33 im rheinlandpfälzischen Büchel den Abwurf amerikanischer Nuklearbomben.

• K. SCH.

Nur für müde Augen ...

Sie haben keinen DVD-Player, keinen Videorecorder und möchten gern mit ihrem vielleicht zwölfjährigen Sprößling den Frank-Beyer-Klassiker „Nackt unter Wölfen“ im Fernsehen schauen, um vielleicht mal über die Thematik zu reden. Gerade jetzt, weil doch der Kanzler in Buchenwald war, gerade jetzt, wo sich doch fast alle wegen der Zahl 60 über Tatsachen äußern, die zu Deutschlands Geschichte zählen. Alles möglich ... aber: Wie jüngst beim MDR bis 1.20 Uhr ausharren? Natürlich ohne Sprößling, oder darf ihrer montags so lange in die Ferne gucken? Die vorderen Filmplätze okkupieren (warum wohl?) zumindest im MDR-Fernsehen meist Heimatschnulzen von anno dunnemals.

Wer jüngst am Buchenwald-Sonntag-Gedächtnis-Vormittag zwischen ARD und MDR zappte, vermutete ganz richtig: Keine Ausnahme! Hatte man doch die Wahl zwischen Kanzler Schröder und Dichter Semprun im Ersten Programm sowie zur gleichen Sendezeit erneut Komiker Ehrhard. Warum ist gerade an so einem Gedenktag der DEFA-Film „Nackt unter Wölfen“ für die sogenannten Familiensendeplätze nicht zumutbar? Da hatten sich aber alle großen und kleinen Programme bei Johannes Paul mehr ins Zeug gelegt. Fernbedienung überflüssig. Alle sendeten und beteten stundenlang das Gleiche. Unübersehbar gilt: Antifaschistische Filme aus den Ost-Studios nur noch für müde Augen. Das trifft Elem Klimovs „Geh und sieh“ – Jurek Beckers „Jakob der Lügner“ – Konrad Wolfs „Mama ich lebe“ – Michail Kalatasows „Die Kraniche ziehen“ – Sergej Bondartschuks „Ein Menschenschicksal“.

Wer zu zeitig kommt, den bestraft der Förster vom Silberwald!

• M. Z.



Titelseite des Progress-Filmprogramms

Zwei ausverkaufte Gewandhausprogramme mit russischer Musik erhielten ihre besondere Anziehungskraft durch ihre Gastdirigenten und Solisten. Den ersten Teil des Konzertes mit Daniel Harding als überlegenen Dirigenten prägte der Gewandhauskonzertmeister Sebastian Breuninger als Solist des Violinkonzertes von Peter Tschaikowski mit beherrschtem musikalischen Ausdruck, heller, schlanker Klanggebung und souveräner Spieltechnik. Dieser Ge-

Von WERNER WOLF

staltungsweise entsprechend führte Harding das Orchester. Und der Dirigent fand auch für die von starken Emotionen erfüllte zweite Sinfonie von Sergej Rachmaninow das rechte Maß, ohne Gefühlsausbrüche zu scheuen. Als Solist des zweiten Klavierkonzertes von Rachmaninow legte der 1972 geborene, schon international berühmte russische Pianist Sergej Luganski ebenso Wert auf Klarheit und Beherrschung. Sein überragendes Können befähigt ihn, eigenständig den beispielhaften historischen Aufnahmen des Komponisten zu folgen. Der kurzfristig für Riccardo Chailly gewonnene russische Dirigent Dmitri Kitajenko betonte dabei den sinfonischen Charakter des Orchesterparts. Wie schon bei der Konzert-Ouvertüre

Erfreulich, dass sich der Direktor des Bildermuseums, Dr. Hans-Werner Schmidt, anlässlich des 80. Geburtstages von Prof. Bernhard Heisig um eine große Retrospektive bemüht hat. Schließlich war es in der Nachwendeara keine Selbstverständlichkeit, sich in Leipzig der Tradition der „Leipziger Schule“ zu widmen. Erinnerung sei an die Blamage, Prof. Wolfgang Matheuers letzte große Werkschau nach Chemnitz ziehen zu lassen. Bernhard Heisig, dessen einflussreicher Lehrer Max Schwimmer war, bereicherte die DDR- und gesamtdeutsche Malerei. Sein tiefes Persönlichkeitserlebnis bildet das Grauen des Zweiten Weltkrieges, das Morden und das Zerstören. Viele seiner Gemälde kreisen um dieses Thema. Ihn quält das Trauma der vermeintlich pflichtbewus-

Im Gewandhaus:

Berühmte Gastdirigenten und Solisten

„Russische Ostern“ von Nikolai Rimski-Korsakow formte Kitajenko in Tschaikowskis vierter Sinfonie alle Gegensätze betörend und doch beherrscht aus. Das bewegliche und wandlungsfähige Gewandhausorchester führte er dabei zu einer Klanggebung, die dem spezifischen Tonfall russischer Spitzenorchester nahekam: schwelgerischer Streicherklang, strahlende Trompeten und Hörner, dunkle Posaunen, modulationsreiche Holzbläser faszinierten im fesselnden Ganzen.

Wenige Tage vor Luganski war der in Belgrad geborene Pianist Ivo Pogorelich mit einem Soloabend im gut besuchten großen Gewandhausaal zu erleben. Seine verblüffende, eigenwillige Interpretation der einleitend gespielten Nocturnes E-Dur op. 62/2 und Es-Dur op. 55/2 von Fryderyk Chopin kennzeichnete den ganzen Abend mit den Sonaten h-Moll von Chopin, Fis-Dur von Alexander Skrjabin und b-Moll von Sergej Rachmaninow. Es war, als ob er in jeden Ton oder Akkord hineinhörte, bevor er den nächsten folgen ließ. Dabei fand er – allerdings auf Kosten der melodischen Entwicklung – zu berückend schönen Klängen. Doch

alles klang nun wie Pogorelich. Eine Kammermusik des Gewandhaus-Oktetts zeichnete sich mit überlegen gebotenen Erstaufführungen von Werken des 20. Jahrhunderts aus. Nach dem munter, nicht eben belangvoll dahin plätschernden Kammerkonzert für Klavier, Bläser- und Streichquintett von Daris Milhaud weckte das Oktett von Egon Wellesz in seinen durchaus persönlichen Bezügen zu Franz Schuberts berühmtem Werk dieser Besetzung nachhaltige Eindrücke. Dem munter unterhaltsamen Nonett „Polonaise, Adagio und Finale“ von Werner Egk folgte mit Hans Pfitzners 1945 entstandenem Sextett für Klavier, Klarinette und Streicher ein Werk, das inmitten aller (auch des Komponisten persönlichen) Katastrophen in meisterlicher Weise eine neue, bessere Welt aufklingen lässt. Zu guter Letzt bewies die Bearbeitung der Tondichtung „Till Eulenspiegel“ von Richard Strauss für vier Blas- und fünf Streichinstrumente, wieviel beglückend Kammermusikalisches in diesem Werk steckt. Zumindest erwähnt werden muss das vom Leipziger Ensemble „amarcord“ organisierte und mit Glanzleistungen eröffnete 6. A-cappella-Festival.

Im Dialog der Zeiten

Werkschau zum 80. Geburtstag von Prof. Bernhard Heisig im Neubau des Bildermuseums

sten deutschen Täter. Der Wahnwitz wird spürbar: Seine „Festung Breslau – Die Stadt und ihre Mörder“ (1969) zeigt einen beinahe surrealen Schreckenskosmos, eine vorgezogene Apokalypse. Dieses Werk kann getrost als Muster sozialistisch-realistischer Historienmalerei gelten: keine pure Illustration, sondern komprimierte Sinnbilder auf der Grundlage des historischen Materialismus. Dasselbe gilt auch für das längere Zeit

nicht zu sehen gewesene vierteilige Gemälde „Pariser Kommune“ (1971/72) – gemalt für den Rat des Bezirkes Leipzig, der es dem Museum übergab. Die Darstellung der Schönheit und Anmut der Freiheitsrevolution bis hin zum Grauen ihres Scheiterns ist faszinierend.

Bernhard Heisig tritt, über Epochen Grenzen hinweg, in den Dialog der Zeiten, leise anklagend und laut nachdenklich. Eine maßgebliche Auswahl seiner Werke nach 1989/90 belegt dies, u.a.: „Der Befehl und das Lied von den morschen Knochen“ (2002) oder „Menschen, Kriege, alter Maler“ (2002-04).

Die Ausstellungenkonzeption erlaubt einen durchaus repräsentativen Einblick in sein künstlerisches Schaffen.

• D. M.

Als es auch in Leipzig noch an fast jeder Ecke ein Kino gab, das war zumindest in den 50er Jahren so, hatte der begnadete „Landlummel“ Shakespeare nachhaltige Auftritte. *Hamlet – Othello – Richard III. – Was ihr wollt – Romeo und Julia ...* all das und mehr gab es auf den

Von MICHAEL ZOCK

Leinwänden zu sehen. Oft produziert in Großbritannien oder in der Sowjetunion. Hauptdarsteller neben anderen Laurence Olivier und Sergej Bondartschuk. So bekam man damals schon als 14-jähriger – wenn man auf Klassikino Lust hatte – eine nachhaltige kulturelle Bildung. Damit wurde es trotz Ausnahmen später immer dürftiger. Jetzt kommt mit dem

FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

Ein Pfund Menschenfleisch

Shakespeares unwahrer Schuldschein

Kaufmann von Venedig ein nicht ganz einfacher Theaterstoff ins Aprilkino des Jahres 2005. Ein Schuldschein sorgt für Aufbruch. Fordert Menschenfleisch gegen Geld. Der Jude Shylock und der Kaufmann Antonio verhandeln sich in einem unappetitlichen Rechtsstreit. Der Kaufmann hat Schulden, der Jude fordert dessen Fleisch. So könnte man die Geschehnisse im Venedig des 16. Jahrhunderts sehr verknäpft wiedergeben.

Obwohl das Stück weltweit häufig gespielt wurde, kommt es jetzt zum ersten Mal ins Kino. Der Regisseur Michael Radford verfilmte Theater, kürzte und veränderte Texte, bastelte auch an der Struktur des Stückes. Und er zeigt in Maske und Kostüm, dass es damals auch bei den Reichen und Schönen im wahrsten Sinne des Wortes nicht immer sauber zugeht. Alle hoffen nun, dass der Film so geworden ist „wie ihn Sha-

kespeare gemacht hätte“. Darauf zu antworten ist für den heutigen Zuschauer natürlich müßig und auch uninteressant.

Der Film ist sehenswert, ähnelt aber in seiner Langsamkeit den bereits erwähnten Verfilmungen früherer Jahrzehnte, bleibt somit solides Minderheitenkino.

Damals immer erstklassig besetzt – heute mit Al Pacino als Shylock und Jeremy Irons als Antonio ebenfalls. Da selbstverständlich synchronisiert, lässt sich deren Leistung nur schwer beurteilen.

Es bringt kaum etwas, bei Shakespeare eine projüdische oder antijüdische Gesinnung zu suchen. Die Juden waren in seiner Zeit per Gesetz aus England verbannt. Es gab keine diesbezügliche „Rassentheorie“. Dieser Shylock und sein Umfeld waren für den Dramatiker interessante Charaktere. Shakespeare nutzt

die in sich sehr widersprüchlichen Figuren geschickt, um der Gesellschaft einen Spiegel vorzuhalten. Sogar ein relativ intelligentes Happy End ist ihm eingefallen. Das sollten Sie sich aber schon selbst anschauen.

Noch etwas ist erwähnenswert: Das Bild des messerwetzenden und die Waage schwingenden Juden, der ein Pfund Menschenfleisch als Pfand verlangt, ist eine Buße, die es nie im jüdischen, wohl aber im altrömischen Recht gegeben hat. Somit sollte man den eindrucksvoll inszenierten Bildern und dem Stück nicht gänzlich trauen, sondern durchaus noch einmal anderswo nachlesen.

Übrigens: Wer Lust auf einen frühen *Hamlet* und die Theaterlegende Laurence Olivier hat – eine nagelneue und bezahlbare DVD ist über den Buchhandel erhältlich.

Das Grauen des Kriegsendes

Zum Jahrestag der Befreiung vom Faschismus vor 60 Jahren ist in Deutschland eine große Zahl von Publikationen erschienen, die auf die Schrecken und Verbrechen in der Endzeit des Krieges eingehen. Dazu gehört auch ein von Bernd A. Rusinek herausgegebenes Buch, das aus zwölf Referaten einer – vorwiegend von ausgewiesenen deutschen Historikern bestrittenen – Podiumstagung der Stadt Dachau hervorgegangen ist.

Nach einem sehr anschaulich verfassten Einleitungsbeitrag über die Befreiung der überlebenden Häftlinge im KZ Dachau (allein von Januar bis Ende April 1945 waren dort noch über 13 000 Menschen umgekommen), werden zwei Kriegsgenerationen in differenzierter Weise charakterisiert: einmal junge Mädchen, die am Ende des Krieges zwischen 17 und 30,

zum anderen junge Männer, die damals zwischen 35 und 45 Jahre alt waren. Letztere werden in Anlehnung an Sebastian Haffner als „eigentliche Generation des Nazismus“ bezeichnet, die den Krieg anfangs oft „als großes Spiel erlebt haben“ und die sich besonders willfährig von Hitler als Täter missbrauchen ließen.

Ursula Fischer, LN-Lesern nicht unbekannt (ihre Bücher „Zum Schweigen verurteilt“ und „Von der Last des Schweigens“ wurden hier schon vorgestellt), führt mit ihrem neuen Buch „Im eigenen Land verschollen“, Begonnenes fort und setzt ihren Mitgefährten, wie sie Insasse von Speziallagern, die viele nicht überlebten, ein bleibendes Denkmal, indem sie deren Spuren sowohl in der Lagerhaft (und bei einigen auch ihr Schicksal danach)

Zwei weitere sehr informative Beiträge beschäftigen sich mit dem Zusammenbruch der faschistischen Armeen im Osten 1944/45 und in der Endphase des Krieges an Rhein und Ruhr, einschließlich der verheerenden Bombardements zahlreicher westdeutscher Großstädte.

Lagerschicksale

Die Autorin, 1945 zu Kriegsende eine 20-jährige Kindergärtnerin, wurde im November 1945 ohne Angabe von Gründen verhaftet und verschwand für vier Jahre, ohne Kontakt zu Angehörigen, in mehreren „Schweigelagern“ (Ketschendorf, Jamlitz und Mühlendorf/Elbe). Was sie aus dieser Zeit ohne Pathos und Selbstmitleid berichtet, ist bittere Wahrheit

Drei ausländische Autoren beschreiben das Kriegsende in ihren Heimatländern: in Holland, in der Tschechoslowakei (insbesondere den Aufstand gegen die SS-Verbände in Prag im Mai 1945) sowie in Japan (interessante Eindrücke erhält der Leser insbesondere in die Mentalität der japanischen Bevölkerung

vor allem deshalb, weil die von Ursula Fischer willkürlich ausgewählten Häftlinge mehrheitlich keine Faschisten oder Kriegsverbrecher waren. Doch die nach dem opferreichen Kampf der Roten Armee einrückende Stalinsche Geheimpolizei musste und wollte ihre Unverzichtbarkeit nachweisen...

• HEINZ SÄNGER

Ursula Fischer: *Im eigenen Land verschollen*. Karl Dietz Verlag, Berlin 2004. 180 S., 12 Grafiken, 21 Abb., 12,40 Euro

sowie in die zu Deutschland unvergleichlichen politischen Machtverhältnisse, z. B. die Rolle von der Regierung oder des Tenno).

Der Leser, der ein möglichst geschlossenes Bild dieser Zeit gewinnen möchte, wird weniger zufrieden gestellt werden, derjenige, der es bereits besitzt, wird jedoch durch interessante Einblicke in durchaus wichtige Problembereiche eher auf seine Kosten kommen. Unbestritten ist: Dies ist ein Antikriegsbuch, daher von erheblicher Bedeutung für die gegenwärtige Auseinandersetzung mit allen Erscheinungen des Neofaschismus und Rechtsextremismus.

• WALTER FRIEDRICH

Bernd A. Rusinek (Hrsg.): *Kriegsende 1945. Verbrechen – Katastrophen – Befreiungen in nationaler und internationaler Perspektive*. Wallstein Verlag, Göttingen 2004. 272 S., 20 Euro

USMLM-Autos in Sachsen

Die Alliierten Militärmissionen in Deutschland gehörten zur Nachkriegsgeschichte. Ob in der DDR oder der BRD spionierten Briten, Franzosen, Amerikaner und Sowjets in der Nähe von Kasernen der ehemaligen Verbündeten, der NVA bzw. der Bundeswehr, bis 1990 die alliierten Besatzungsrechte aufgehoben wurden. Für die Männer in den olivgrünen Limousinen und Jeeps war alles interessant, was mit Militär zu tun hatte: Truppenübungsplätze, Verladebahnhöfe, Marschstraßen, Häfen, Panzer, Munitionslager, Depots, Militärtransporte, Grenzstationen, Flugplätze usw.

Klaus Behling lüftete jetzt den Schleier des Geheimnisvollen. Die Alliierten Militärmissionen wurden auf Vorschlag des sow-

jetischen Marshalls Shukow gegründet. In zweiseitigen Verträgen mit den Briten, den Franzosen und den Amerikanern wurden solche Fragen wie Exterritorialität der Missionen, die diplomatische Immunität, die unbeschränkte Bewegungsfreiheit der Missionsangehörigen, ihre Steuerfreiheit, die besondere Kennzeichenpflicht der insgesamt über 65 Fahrzeuge (allein in der DDR) geregelt. Die Offiziere und Soldaten durften ihre Uniformen tragen und waren unbewaffnet. Die deutschen Organe hatten kein Einspruchs- und Kontrollrecht. Die Missionen waren Vorposten der Siegermächte in den jeweils anderen Besatzungszonen. Die Briten und Franzosen waren in Potsdam und die Amerikaner in Neufahr-

land bei Potsdam stationiert, die sowjetischen Missionen in Frankfurt am Main, Baden-Baden und Bünde.

Die deutsche Presse berichtete nur dann über die Tätigkeit der Missionen, wenn es zu Zwischenfällen kam. So nach dem 11. März 1962, als der britische Coporal Douglas Day an der Grenze bei Kleinmachnow im Sperrgebiet durch Schüsse der DDR-Grenzsoldaten lebensgefährlich verletzt wurde.

Erstmalig wird in Deutschland so breit über die Vorposten der jeweiligen Oberbefehlshaber im „feindlichen“ Lager informiert. Das spannende Buch ist locker und fließend geschrieben.

• FRANZ-KARL HITZE

Klaus Behling: *Spione in Uniform. Die Alliierten Militärmissionen in Deutschland*. Verlag Hohenheim, Stuttgart 2004. Geb., 328 S., 19 Euro

Jessenins Natur- und Dorfgedichte

Sergej Jessenin poetisches Werk reizte deutsche Dichter immer wieder zu oft kongenialen Übertragungen: Paul Celan, Karl Dedecius, in der DDR vor allem Heinz Czechowski, Adolf Endler, Rainer Kirsch und Karl Mickel. 1995 erschien die dreibändige, von Leonhard Kosuth herausgegebene umfassende große Werksammlung. Nun liegt ein neuer, gelungener Versuch des Literaturwissenschaftlers Hermann Kähler vor: 117 seiner schönsten Natur und Dorfgedichte vor und nach

der Revolution, die sich in der poetischen, stark am Original haftenden Qualität der früheren Nachdichtungen nicht verstecken müssen. Sorgfältige Sachkommentare und ein kenntnisreiches Nachwort runden die Edition ab.

• E. H.

Sergej Jessenin: *Ich bin des Dorfes letzter Poet. Aus dem Russischen übertragen und herausgegeben von Hermann Kähler*. NORA Verlagsgemeinschaft Berlin 2005. 207 S., 17,50 Euro



Jochen Hauser: *Die bewegten Jahre der Rechlins*. Das Neue Berlin 2005, 255 S., brosch., 12,90 Euro

Umschlagentwurf ... unter Verwendung eines Filmfotos“ heißt es lapidar im Impressum dieses dritten Buches der Familiensaga über die Rechlins. Wer – allerdings wohl nur im Osten – würde nicht angesichts einer Marianne Wünscher oder eines Gerry Wolff sofort wissen: das war ein Film aus Adlershof, übrigens aus dem Jahre 1982.

Ehe ich nun also den dritten Teil „Die bewegten Jahre der Rechlins“ las, nahm ich mir den ersten Band vor, damals noch bei VEB Hinstorff in Rostock erschienen. Man vergisst ja wirklich zu schnell. Und glaubt mitunter schon selbst, was andere alles über uns wissen. Jedenfalls, dieses Buch lesend, staunte ich wirklich. War es überhaupt erlaubt, über Ausreisearträge, über DDR-Flüchtlinge und gar ihre Gefängnisstrafen zu schreiben? Keine Ahnung, ob Jochen Hauser seinerzeit Probleme mit der Veröffentlichung hatte. Tatsache ist, diese Familiengeschichte aus dem geteilten Berlin im ersten Jahrzehnt nach dem Bau der Mauer ist authentisch, lebensnah, skuril zuweilen, liebenswürdig, frech – menschlich

Rechlins vom Hackeschen Markt

eben. Bei aller anhaltenden Empörung der frischgebackenen Oma Ingelore Rechlin, nicht zu ihrer Tochter in den Westteil Berlins fahren zu dürfen – als sie es dann endlich darf, kann der Schein die Köchin mit Herz und Schnauze so recht nicht blenden.

Nun, nach der Fortsetzung aus dem Jahre 1986 (Die ruhigen Jahre der Rechlins), der soeben erschienene dritte Band über wahrlich bewegte Jahre der Rechlins – überlagert von Hannes Tod, Ingelores Mann. Es ist die Zeit der 750-Jahr-Feier im Ost- und Westteil der Stadt. Im Lande gehen Dinge vor, die Ingelore beunruhigen und die sie nicht verstehen will. In Spandau bei der Tochter, aber auch am Hackeschen Markt, quasi am Stammsitz der Rechlins, ist das Familienleben schon lange nicht mehr heil und die Ruhe trügerisch. Ingelore führt immer häufiger Selbstgespräche mit ihrem toten Hannes und versteht plötzlich manches besser,

was der Genosse Lehrausbilder einst weltverbessernd anstrebte.

Und doch hilft sie ihrem Jüngsten nach gescheiterter Ehe und kurzem, eher ehrverletzendem Abbruch des Einsatzes in Kuba, die Flucht in den Westen vorzubereiten. Am Tag, als er den gefälschten Pass in der Hand hält, sich klammern Herzens auf den Weg macht, ist die Mauer gerade gefallen.

In René's Betrieb, der nun doch im Osten blieb, stapeln sich die Güter in den Lagerhallen. Unabsetzbar! René und drei andere aus seiner Abteilung müssen in Zwangsurlaub ... Der Frau eines Kollegen, einer Buchhändlerin, wird gekündigt, weil sie sich weigerte Bücher von Fontane, Tschewow oder Gorki in den Müll zu werfen. Ja – und dann gerät René beinahe noch mitten in Berlin in Wildwest ... und findet seine kubanische und nun doch nicht mehr platonische Liebe wieder ...

• WART

KALENDERBLATT

Vor 60 Jahren

Gruppe Ulbricht
landet in Berlin

Am 28. April 1945 berieten in Moskau deutsche Kommunisten über den Auftrag, in den nächsten Tagen als Beauftragte des ZK der KPD nach Deutschland zu fliegen, um in den von der Roten Armee vom Faschismus befreiten deutschen Gebieten mit dem antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau zu beginnen.

Am 30. April – noch tobte die Schlacht um Berlin – traf die erste Gruppe unter Leitung von Walter Ulbricht in Berlin ein, um hier ihre Arbeit aufzunehmen. Ihr folgte am 2. Mai unter Leitung von Anton Ackermann die Gruppe für Sachsen und am 6. Mai unter Leitung von Gustav Sobottka die Gruppe für Mecklenburg. Damit begann für die KPD der Übergang von der Illegalität zur legalen Arbeit.

Als politische Leitlinien für die Arbeit in Deutschland waren von Wilhelm Pieck benannt worden: „ideologische Vernichtung des Hitlerismus“; Schaffung einer „kämpferischen Demokratie“; Aufbau der KPD und ihre Befähigung, als „führende Kraft dieser Umwälzung in Deutschland“ tätig zu sein. Hierbei wirkten die Gruppen des ZK der KPD in engster Verbindung zu den sowjetischen Besatzungsorganen.

Die KPD, konfrontiert mit dem ideologisch desolaten Zustand in der Arbeiterklasse, berücksichtigte, dass für die Formierung der Arbeiterklasse als gesellschaftliche Kraft ein Neuaufbau ihrer politischen Organisationen erforderlich war. Sie selbst befand sich in einem komplizierten Klärungsprozess. Walter Ulbricht schrieb hierzu nach Moskau an Wilhelm Pieck am 12. Mai, „dass die Mehrheit unserer Genossen sektiererisch eingestellt ist“. Viele würden „mit den alten Fehlern von vorne beginnen“, weshalb eine „ideologische Umerziehung unserer Genossen“ begonnen hat.

In harter Arbeit gelang es, dass bereits bis zum 9. Mai in den 20 Berliner Stadtbezirken Bürgermeister fungierten. Am 17. Mai nahm der Berliner Magistrat unter der Leitung von Arthur Werner (parteilos) als OBM seine Arbeit auf. In dem Maße, wie es möglich war, ein gemeinsames Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten herzustellen, konnten Vertreter bürgerlicher Parteien der Weimarer Republik für eine Koalition von Hitlergegnern verschiedener Richtungen gewonnen werden. Die fürchterliche Notlage erforderte, soziale und politische Sonderinteressen zurückzustellen.

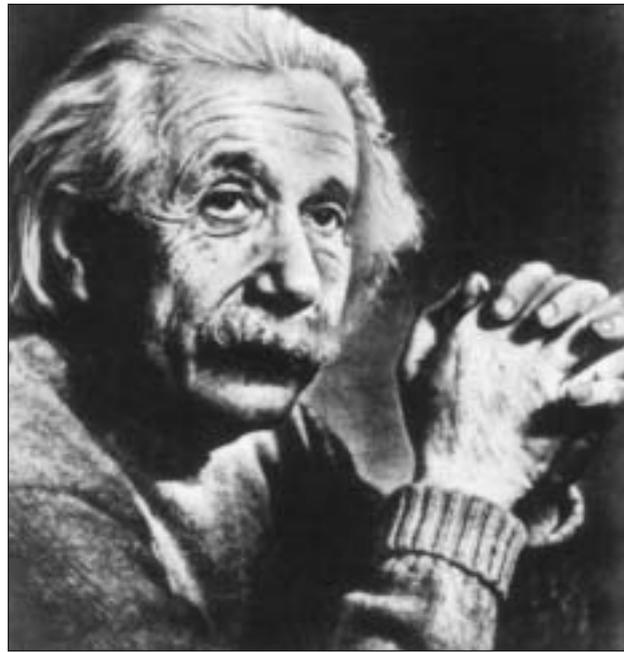
• KURT SCHNEIDER

War Einstein ein Sozialist?

Die erste Nummer der 1949 gegründeten Monatszeitschrift „Monthly Review“ enthält einen Essay aus der Feder des siebzigjährigen Albert Einstein mit dem Titel „Why Socialism?“. In den bisherigen Veröffentlichungen zum Einsteinjahr wurde der Nobelpreisträger als genialer Entdecker, begeisterter Erfinder, Gegner der Wehrpflicht und Pazifist gewürdigt, aber nur beiläufig auch als „Gefühlssozialist“ bezeichnet. Die Antwort auf die von ihm selbst gestellte Frage „Warum Sozialismus?“ zeigt, dass sein Verhältnis zum Sozialismus vor allem vom Verstand her bestimmt war. Die Menschheit, so meinte er, befindet sich trotz des Eintritts in die sogenannte zivilisierte Periode immer noch in der „räuberischen Phase“; und das „reale Ziel des Sozialismus“ sei es, „genau über diese räuberische Phase menschlicher Entwicklung zu siegen und diese zu überwinden“. „In der Krise unserer Zeit“ erfahre der Einzelne seine Abhängigkeit von der Gesellschaft „nicht als etwas Positives, Organisches, als Schutzgewalt, sondern eher als eine Bedrohung seiner naturgegebenen Rechte oder sogar seiner ökonomischen Existenz“. „Die eigentliche Ursache des Übels“ sei „die ökonomische Anarchie der kapitalistischen Gesellschaft“, in der „die Produktionsmittel, d. h. die ganze produktive Kapazität ... gesetzlich gesehen im privaten Besitz von Individuen“ sein können, „und zum größten Teil ist das auch so“. Und nun, fast ohne Kürzungen, das letzte Drittel des Textes mit Einsichten von hoher Aktualität in Wesen und Funktionsweise der kapitalistischen Gesellschaft, aber auch hellen Forderungen an einen zukünftigen Sozialismus.

Um es einfacher zu machen, – schreibt Einstein – werde ich im folgenden all jene als „Arbeiter“ bezeichnen, die kein Eigentum an Produktionsmitteln besitzen ... Der Eigentümer der Produktionsmittel ist in einer Position, in der er die Arbeitskraft des Arbeiters kaufen kann. Mit den Produktionsmitteln produziert der Arbeiter neue Waren, die ins Eigentum des Kapitalisten übergehen. Wesentlich in diesem Prozeß ist die Relation zwischen dem, was der Arbeiter verdient und dem, was ihm dafür bezahlt wird – beides gemessen am wirklichen Wert. Dadurch daß der Arbeitsvertrag „offen“ ist, wird das, was der Arbeiter erhält, nicht vom wirklichen Wert der produzierten Waren bestimmt, sondern durch seinen Minimalbedarf und durch

Einstein – stets auch politisch denkend und engagiert. Foto: 1923 spricht er auf einer Friedenskundgebung.



die Erfordernisse des Kapitalisten im Zusammenhang mit der Zahl der Arbeiter, die miteinander um die Arbeitsplätze konkurrieren. Es ist wichtig zu verstehen, daß sogar in der /ökonomischen/ Theorie die Bezahlung des Arbeiters nicht vom Wert seines Produkts bestimmt wird. Privates Kapital tendiert dazu, in wenigen Händen konzentriert zu werden – teils aufgrund der Konkurrenz zwischen den Kapitalisten und teils, weil die technologische Entwicklung und die wachsende Arbeitsteilung die Entstehung von größeren Einheiten auf Kosten der kleineren vorantreiben. Das Ergebnis dieser Entwicklungen ist eine Oligarchie von privatem Kapital, dessen enorme Kraft nicht einmal von einer demokratisch organisierten Gesellschaft überprüft werden kann. Dies ist so, weil die Mitglieder der gesetzgebenden Organe von politischen Parteien ausgewählt sind, die im Wesentlichen von Privatkapitalisten finanziert oder anderweitig beeinflusst werden und in der Praxis die Wähler von der Legislative trennen. Die Folge ist, daß die „Volksvertreter“ die Interessen der unterprivilegierten Schicht der Bevölkerung nicht ausreichend schützen. Außerdem kontrollieren unter den vorhandenen Bedingungen die Privatkapitalisten zwangsläufig direkt oder indirekt die Hauptinformationsquel-

len (Presse, Radio, Bildung). Es ist deshalb äußerst schwierig und für den einzelnen Bürger in den meisten Fällen fast unmöglich, objektive Schlüsse zu ziehen und in intelligenter Weise Gebrauch von seinen politischen Rechten zu machen. ... Natürlich gibt es keine rein kapitalistische Wirtschaft. Vor allem sollte beachtet werden, daß es den Arbeitern durch lange und bittere politische Kämpfe gelungen ist, bestimmten Kategorien von Arbeitern eine ein wenig verbesserte Form des „nichtorganisierten Arbeitsvertrages“ zu sichern. Aber als Ganzes genommen unterscheidet sich die heutige Wirtschaft nicht sehr von einem „reinen“ Kapitalismus. Die Produktion ist für den Profit da – nicht für den Bedarf. Es gibt keine Vorsorge dafür, daß all jene, die fähig und bereit sind zu arbeiten, immer Arbeit finden können. Es gibt fast immer ein „Heer von Arbeitslosen“. Der Arbeiter lebt dauernd in der Angst, seinen Job zu verlieren. Da arbeitslose und schlecht bezahlte Arbeiter keinen profitablen Markt darstellen, ist die Warenproduktion beschränkt und große Not die Folge. Technologischer Fortschritt führt häufig zu mehr Arbeitslosigkeit statt zu einer Milderung der Last der Arbeit für alle. Das Gewinnmotiv ist in Verbindung mit der Konkurrenz zwischen den Kapitalisten für



Instabilität in der Akkumulation und Verwendung des Kapitals verantwortlich und dies bedeutet zunehmende Depressionen. Unbegrenzte Konkurrenz führt zu einer riesigen Verschwendung von Arbeit und zu dieser Lähmung des sozialen Bewußtseins von Individuen, die ich oben erwähnt habe. Diese Lähmung des Einzelnen halte ich für das größte Übel des Kapitalismus. Unser ganzes Bildungssystem leidet darunter. Dem Studenten wird ein übertriebenes Konkurrenzstreben eingetrichtert und er wird dazu ausgebildet, raffgierigen Erfolg als Vorbereitung für seine zukünftige Karriere anzusehen.

Ich bin davon überzeugt, daß es nur einen Weg gibt, dieses Übel loszuwerden, nämlich den, ein sozialistisches Wirtschaftssystem zu etablieren, begleitet von einem Bildungssystem, das sich an sozialen Zielsetzungen orientiert. In solch einer Wirtschaft gehören die Produktionsmittel der Gesellschaft selbst und ihr Gebrauch wird geplant. Eine Planwirtschaft, die die Produktion auf den Bedarf der Gemeinschaft einstellt, würde die zu leistende Arbeit unter all denjenigen verteilen, die in der Lage sind zu arbeiten und sie würde jedem Mann, jeder Frau und jedem Kind einen Lebensunterhalt garantieren. Die Bildung hätte zum Ziel, daß die Individuen zusätzlich zur Förderung ihrer eigenen angeborenen Fähigkeiten einen Verantwortungssinn für die Mitmenschen entwickeln anstelle der Verherrlichung von Macht und Erfolg in unserer gegenwärtigen Gesellschaft.

Dennoch ist es notwendig festzuhalten, daß eine Planwirtschaft noch kein Sozialismus ist. Eine Planwirtschaft als solche kann mit der totalen Versklavung des Individuums einhergehen. Sozialismus erfordert die Lösung einiger äußerst schwieriger sozio-politischer Probleme: Wie ist es angesichts weitreichender Zentralisierung politischer und ökonomischer Kräfte möglich, eine Bürokratie daran zu hindern, allmächtig und maßlos zu werden? Wie können die Rechte des Einzelnen geschützt und dadurch ein demokratisches Gegengewicht zur Bürokratie gesichert werden?

In unserem Zeitalter des Wandels ist Klarheit über die Ziele und Probleme des Sozialismus von größter Bedeutung. Da unter den gegenwärtigen Umständen die offene und ungehinderte Diskussion dieser Probleme einem allgegenwärtigen Tabu unterliegt, halte ich die Gründung dieser Zeitschrift für ausgesprochen wichtig.

Damit endet der Essay. War Einstein Sozialist? Wer, wenn, nicht jemand, der solches geschrieben hat. Eine Tatsache, die von den „bürgerlichen“ Medien tunlichst außerhalb des öffentlichen Bewusstseins gehalten wird.

• GERHARD FUCHS



Von
**KLAUS
HUHN**

Die traurige Nachricht sprach sich schnell herum: Im Mai 2005 wird es zum ersten Mal seit 57 Jahren keine Friedensfahrt geben! In den Radsportkalendern findet man zwar nach intensivem Suchen eine Friedensfahrt, die am Freitag, dem 2. September, in Budejovice – tschechische Großstadt mit Friedensfahrttradition seit 1951 – gestartet werden soll. Aber bei näherem Hinsehen stellt sich heraus, dass es sich um eine vom österreichischen und tschechischen Radsportverband schon 17 Mal veranstaltete Drei-Etappen-Nachwuchsfahrt handelt, die – vermutlich um Namensrüger zu vermeiden – zur „Friedens- und Freundschaftsfahrt“ aufgestockt wurde. Derlei wärmt zwar das Herz des Friedensfahrers, tröstet aber nicht darüber hinweg, dass die „große“ Friedensfahrt, die am 7. Mai gestartet werden sollte, an ihrem bitteren Ende angelangt zu sein scheint und vorerst mit 57 Austragungen in die Radsportgeschichte eingeht.

Das Bemerkenswerte daran ist, dass die hektischen Bemühungen, das Rennen nach der Rückwende 1990 als „Politrennen“ ins Aus zu befördern, am hartnäckigen Widerstand rühriger Radsportfunktionäre mit Tüve Schur an der Spitze kläglich scheiterten. Selbst Medienspezialisten, die heutzutage jede Montagsdemo zu einer „bedeutungslosen Versammlung“ deklarieren, mussten im Duell mit der Friedensfahrt die Waffen strecken und verbittert einräumen, dass Millionen an die Straßen gegangen waren, als sie bald wieder in Gang kam. Renommierete Unternehmen erkannten sehr schnell, dass der Marketingwert des Rennens ungebrochen und demzufolge enorm war und zauderten nicht, respektable Sponsorsummen zu

überweisen. Damit geriet die Fahrt allerdings auch in die Arme des Kommerz. Aber selbst das hätte noch nicht das Aus bedeuten müssen, wären nicht sehr bald auch Symptome persönlicher Bereicherung erkennbar geworden. Die erreichten sogar politisches Fahrwasser. Als Tüve 1998 ankündigte, für die PDS in den Bundestagswahlkampf zu ziehen, kam Protest aus den Büros der Leipziger Veranstaltungsfirma, die angesichts solchen politischen Engagements um die Gunst der Sponsoren bangte – und wohl auch um ihre Einkünfte. Man erzählt sich, dass der Friedensfahrt-Geschäftsführer nach Berlin düste und den PDS-Geschäftsführer zu überreden versuchte, auf die Kandidatur zu verzichten. Sein „Argument“: Sponsoren

zung der Friedensfahrt einzustellen, wenn der Vorsitzende des Friedensfahrt-Kuratoriums sein Grundgesetzrecht wahrnehmen und für den Bundestag kandidieren würde. Die Antwort erreichte mich nach 20 Minuten: Nichts. Der untadelige Tüve trat dennoch als Vorsitzender des Kuratoriums zurück und zog bekanntlich in den Bundestag ein.

Die Fahrt erlebte neue Glanztage, aber manche schwören, dass fortan an mancher Ecke das unbestechliche Auge Schurs fehlte und einige das unsterbliche Rennen längst als profitable Einnahmequelle betrachteten. So sicherte man sich durch juristische Schritte das Logo der Fahrt und benutzte es fortan als „Trumpfkarte“ bei Verhandlungen mit den anderen Partnern. Was sich alles hinter den Kulissen tat, wird kaum mehr aufzuklären sein, und wenn der in Leipzig ansässige Vizepräsident des Bundes Deutscher Radfahrer, Wolfgang Schoppe, schon Anfang März in einem LVZ-Interview heftige Kritik an dem tschechischen Rennchef Pavel Dolezel übte, hätte man sich gewünscht, dass er sich zuvor über das zwischen der deutschen und der tschechischen Seite gewucherte Gestrüpp eingehend informiert hätte, ehe er sich derart drastisch äußerte. Mit Verlaub: Seine Attacke ließ Friedensfahrtgeist vermissen.

Nun ist die Rede davon, dass man die 58. Friedensfahrt im Herbst nachholen will. Ich muss nicht den Titel der Erfolgsoperette „Jedes Jahr im Mai“ zitieren, um anzudeuten, dass eine Flucht in den Herbst eine Flucht in die Aussichtslosigkeit zu werden droht.

Realisten hatten nie Illusionen, was die Zukunft der Friedensfahrt nach 1990 betraf. Immerhin überlebte das Rennen fast eineinhalb Jahrzehnte und wurde im internationalen Radsport längst zur Legende. Die Fahrt unter der Taube lebt weiter, wer immer sich zu welchem Preis auch die „Rechte“ an diesem Symbol gesichert haben mag. Und zur Not: Picasso hat uns mehr als eine hinterlassen ...

(Im soeben erschienenen Heft 20 der „Beiträge zur Sportgeschichte“ – Spotless-Verlag, Berlin – schrieb Gustav Adolf Schur einen Beitrag zu diesem Thema. Derselbe Verlag offeriert auch die letzten Exemplare seiner „Geschichte der Friedensfahrt“ mit allen Ergebnissen. Adresse: PF 028830 - 10313 Berlin)

Sportkolumne

Die Fahrt unter der Taube am Ende?

würden abspringen, die Fahrt wäre am Ende und – die PDS schuld daran.

Hier muss ich ein persönliches Wort einflechten: Ich war 34 Jahre Directeur der Fahrt, saß in ihrer Hauptleitung und im obersten Schiedsgericht. Mithin: Ich kenne die Szene besser als mancher andere, mit den führenden Männern des Weltradsports verband mich über Jahrzehnte ein freundschaftliches Verhältnis. Als in Leipzig die Anti-Schur-Kampagne gestartet wurde, wandte ich mich als Friedensfahrt- und Schur-„Anwalt“ an den renommiertesten Sponsor und stellte ihm die Frage, was ihn bewegen könnte, seine Unterstüt-

Nachdem Ernst 1961 von Leipzig nach Tübingen gegangen war, wurde der für die DDR unerträgliche Philosoph als Quasi-Nachfolger Heideggers bald Anziehungspunkt einer rebellischen, mindestens unzufriedenen Studentengeneration, was den Unmut zahlreicher Konservativer auf ihn lenkte. Ganz besonders betroffen von der Ausstrahlungskraft dieses Neubürgers am Neckar fühlte sich ein jüngerer Kollege

Von **INGRID UND GERHARD ZWERENZ**

vom Jahrgang 1927, sein Name: Joseph Ratzinger, der als Professor für Dogmatik und Fundamentaltheologie in München unter anderem auch Dozent in Tübingen war und schließlich nach Rom auswich, inzwischen zum obersten Sittenwächter eines erzkonservativen Katholizismus aufstieg und zu seinem 75. Geburtstag am 16. April 2002 von den Medien ringsum gefeiert, wo nicht in den Himmel gehoben wurde, zu dem er ohnehin schon die innigsten Beziehungen pflegte. Der einstige Tübingen-Flüchter entwickelte sich zu einer Säule des weitgestreckten Kirchenstaates, was der Leiter der Vatikanischen „Kongregation für die Glaubenslehre“ auch fürderhin bleiben soll. Der Regel gehorchend hätte ein Fünfund-siebzighjähriger aus seinem Amte im Vatikan auszuschneiden, doch Karol Wojtyła, Papst Johannes Paul II., mochte mit sei-

Alles bekämpfen

Was treibt Joseph Kardinal Ratzinger in Rom?
Eigentlich ist er immer noch auf der Flucht vor Ernst Bloch

nen 82 Jahren den energischen sieben Lenze jüngeren Deutschen und Nachfolger der Inquisitions- und Zensurbehörde nicht missen.

„Marxistische Versuchung“

Begonnen hatte die nichtweltliche Weltkarriere Ratzingers mit einem Schockerlebnis Anfang der sechziger Jahre, als der von konservativen SED-Politikern aus der Leipziger Karl-Marx-Universität entfernte Philosoph sein neues Amt antrat und regen Zulauf erhielt. „Ernst Bloch lehrte nun in Tübingen und machte Heidegger als einen kleinen Bourgeois verächtlich.“ So ein entnervter Ratzinger, der in Bloch die „marxistische Versuchung“ der „theologischen Fakultäten“ nahen sah, weshalb der Kampf für das von „existentialistischer Reduktion“ bedrohte Christentum aufgenommen werden mußte.

Es war fast wie vordem in Leipzig, nur hatten dort die herrschenden Glaubens-

wächter im Philosophen den feindlichen Nicht-Marxisten bekämpft, während Ratzinger jetzt den existentiellen Erz-Marxisten umsichgreifen sah. Also gab er seine bisherige liberale Haltung auf, verließ den freundlichen Neckar-Ort seines Schreckens und landete nach diversen Zwischenstationen im obersten Zensorenamt seiner Heiligen Kirche, von wo aus er alles bekämpft, was die Dogmen bedroht: Frauen, Befreiungstheologen, Kommunisten, Liberale, Hans Küng, Zweifel an der Vormacht des Papstes, die

Schwangeren-Konflikt-Beratung, die Reformation, die modernen Ansprüche der Laienbewegung, die Liberalisierung von Sexualmoral ...

Moskau und Rom

Ratzinger erkannte schlagartig die Gefahr für den reinen Glauben, das Trauma traf ihn mit voller Wucht mitten in die bzw. in der Seele. Wie Jehova einst Saul andon-

nerte: Saul – weshalb verfolgst du mich? – so sah Prof. Ratzinger sich angerufen, nur schlug er den umgekehrten Weg ein, vom liberalen zum unnachsichtig strafenden Gottesmann, hatte er doch dort zu Tübingen mitten ins „Antlitz atheistischer Frömmigkeit“ blicken müssen.

Es darf aber allein eine gottgewollte Frömmigkeit geben, die zu schützen und zu mehreren der Weg nur nach Rom führen kann. So erfuhr das kleine Parteistaatschauspiel von Leipzig in Tübingen seine weltkirchliche Fortsetzung. Die Reinheit der Lehre war für die einen in Moskau verkörpert, für die anderen ist sie es in Rom. Die einen bauen Kirchen, die anderen reißen sie ein. Hörsäle bauen alle. Und reißen sie ein. Denn die „atheistische Frömmigkeit“, die alle Gläubigen zu umfassen anhebt, unterspült den Fels der Fanatiker sämtlicher Kirchen und Gegenkirchen. Über das Wirken Blochs im Leipziger Hörsaal 40 notierten wir: „Die Blochsche List, in der dieser ganze Skandal kulminierte, bestand in der Entheiligung des Dogmas.“ Um welches Dogma es sich dabei handelt, wußte schon der junge Marx: „Wir, unsere Hirten an der Spitze, befanden uns immer nur einmal in Gesellschaft der Freiheit, am Tage ihrer Beerdigung.“

Leicht modifizierte Fassung eines Textes aus: Ingrid und Gerhard Zwerenz: *Sklavensprache und Revolte – Der Bloch-Kreis und seine Feinde in Ost und West*. Schwartzkopf Buchwerke, Berlin 2004, 544 Seiten, 29 Euro



Das eigentlich Bemerkenswerte an der Wahl zum neuen Leipziger OBM sind nicht die erreichten Prozente der einzelnen Kandidaten, es ist die erschreckend niedrige Wahlbeteiligung. Die relativiert auch den „Sieg“ von Wolfgang Tiefensee. Wenn von 403 424 Wahlberechtigten nur 177 266 zur Wahl gehen und davon 118 279 Herrn Tiefensee wählen, dann haben eben nur 29,3 Prozent der Leipziger Bürger für ihn gestimmt – ein Pyrrhussieg.

Ich sehe die Ursachen für das zunehmende Desinteresse der Bürger an jeglicher politischer Mitbestimmung in dem angestauten Frust, der Wut und Enttäuschung über ihren sozialen Niedergang, die spürbaren Ungerechtigkeiten im Arbeits- und Alltagsleben sowie über viele bürgerferne Entscheidungen.

Statt ihren Protest gegen diese Erscheinungen in gewaltigen Massendemonstrationen Ausdruck zu verleihen, die ein Stück aktiver Demokratie wären, hat sich zunehmend eine „LmaA-Stimmung“ breit gemacht. Die Masse der Nichtwähler ist in eine tiefe Lethar-

Wahl zeugt von tiefer Resignation

gie, Resignation, Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit verfallen. Sie haben sich innerlich von diesem Staat, von diesem System verabschiedet. Darunter sind nicht wenige, die dieses System 1989 sehnlichst herbeigewünscht haben. Diese Leute sind nicht nur von Herrn Tiefensee, sondern von der Politik der etablierten Parteien insgesamt enttäuscht.

Noch deutlicher wird diese Einschätzung, wenn man die einzelnen Wahl- und Stadtbezirke betrachtet. Es ist doch nicht zufällig, dass die niedrigste Wahlbeteiligung (in einem Wahlbezirk betrug sie sogar nur 27,7 %) in Stadtbezirken zu verzeichnen war, die schon seit Jahren zu den sozialen Brennpunkten gehören. Dort ist auch der Anteil der NPD-Wähler an höchsten. Wenn dann Einwohner, den ständigen Appellen der Politiker folgend, sich in Bürgervereinen, Initiativen und Vereinen gesellschaftlich einbringen wollen, wird ihre Initiative oft konterkariert, weil ihre Ideen und Vorschläge an der Bürokratie der Verwaltung oder am fehlenden Geld scheitern. Auch das lässt die Zweifel an dieser Demokratie wachsen.

Es bedarf keiner großen hellseherischen Fähigkeiten, um zu prophezeien, dass sich der Abwärtstrend bei der Wahlbeteiligung, wenn sich die Verhältnisse nicht radikal ändern, fortsetzen wird.

G. FLEISCHHAMMER, LEIPZIG

Dietrich Bonhoeffer, der am 9. April 1945, von den Nazis im KZ Flossenbürg ermordet wurde, gehört zu den bekanntesten Persönlichkeiten des Protestantismus. Die zentrale Erkenntnis des befreiungstheologisch geprägten Pfarrers kulminiert darin, „dass Glaube und Politik, Frömmigkeit und Weltverantwortung zusammengehören“. Theologisch formuliert: „Mag sein, dass der Jüngste Tag morgen anbricht, dann wollen wir gern die Arbeit für eine bessere Zukunft aus der Hand legen, vorher aber nicht.“

Zwei Schwerpunkte kristallisierten sich im Leben des Widerständlers gegen das verhasste NS-Regime heraus: Zum einen ging es dem Pastor, Buchautor und Privatdozenten an einer theologischen Fakultät, dem

Vor 60 Jahren wurde Dietrich Bonhoeffer im KZ Flossenbürg ermordet

friedensengagierten Leiter des Finkenwerder Predigerseminars der Bekennenden Kirche und Berliner Studentenpfarrers darum, aktiv an der Erneuerung der christlichen Gemeinde und Kirche in einer weithin säkularisierten Welt mitzuwirken. Zum anderen ging es ihm darum, engagiert und persönlich am Widerstand gegen die Nazi-Diktatur teilzunehmen.

Der Konfirmandensonntag 13. März ist der Tag der Reichspräsidentenwahl. Die radikale und

konsequente Linke, die KPD, warnte: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ Die Eltern von Bonhoeffers Konfirmanden im Berliner Arbeiterbezirk Prenzlauer Berg dürften zum größten Teil Ernst Thälmann gewählt haben. Dass sich der Theologe selbst für den kommunistischen Kandidaten entschied, ist so gut wie ausgeschlossen. Kommunisten sind keine Alternative für ihn, auch wenn er Sympathie erkennen lässt für deren

soziale Ideale.

Offensichtlich wichtiger als seine wissenschaftliche Karriere wird für ihn – im Blick auf sein Verhalten in einem vorweggenommenen konziliaren Prozess „Für Gerechtigkeit, Frieden und das Bewahren der Schöpfung“ – die Frage nach glaubwürdiger christlicher Praxis und Gemeinschaft. Eine naive Friedensseligkeit liegt dem überzeugten Antifaschisten fern. In seinen Reden auf ökumenischen Konferenzen im Ausland negiert er die tatsächlich vorhandenen Konflikte keineswegs, macht aber zugleich klar, dass diese von Christinnen und Christen auf friedlichem Wege gelöst werden müssen – gemeinsam mit Andersdenkenden.

HERMANN GERATHEWOHL
LEIPZIG

Zu LN 7 '05: „Feiertage des Gefühls“

Schöne Erinnerungen an „meinen“ Kindergarten

1990 wurde ich als Lehrerin und Hortnerin berufsunfähig. Ich bewarb mich als Reinigungskraft im Kindergarten meiner damaligen Heimatstadt, weil mich eine saubere Umgebung für die Kleinen motivierte. Mit ihnen und den Kindergärtnerinnen kam ich gut aus. Erdgeschoss und erste Etage wurde von den Kindergärtnerinnen entsprechend der Jahreszeit schön gestaltet, z. B. die Decke als Sternenhimmel und der Eingangsbereich mit Puppen, Teddys, Spielzeug. Nach dem gemeinsamen Frühstück gingen alle Gruppen spazieren oder malten, bastelten, hatten Turnstunden. Zur Mittagsruhe trugen immer zwei Kinder die Liegen in ihren Raum und stets wurde von der Erzieherin eine Geschichte vorgelesen. Am Schlaf- und Wachverhalten, besonders aber natürlich bei den Beschäftigungen konnte die Kindergärtnerin bereits Verhaltensstörungen erkennen. Schließlich waren sie ja an der Kindergarten-

fachschule sehr gut ausgebildet.

Aber die Zeiten waren im Umbruch. Die Leiterin wurde mehr und mehr zur Finanzkraft und kassierte auch die hohen Beiträge für das Essen. Sie betrug damals für einen Tag bereits so viel wie zu DDR-Zeiten für eine ganze Woche.

Das schönste an der Kita, wie der Kindergarten nun genannt wurde, war ein kleines Schwimmbad – Voraussetzung dafür, dass die Kleinen fast alle schon vor Schulbeginn schwimmen konnten. Nachdem das Parkett und die Fenster für mehrere 10 000 DM erneuert wurden, glaubten wir alle, dass unsere Einrichtung trotz zurückgehender Kinderzahl erhalten bliebe. Dann aber wurden 1993 erst einmal die Küchen- und Reinigungsleistungen „privatisiert“. Die Kinder bekamen keine frischen Mahlzeiten mehr, sondern westliche Einheitssoße von einem Catering-Unternehmen. Ich verlor meine Arbeit.

Heute: Die Kindertagesstätte ist aufgelöst, das Gebäude, einst im NAW erbaut, abgerissen, das Schwimmbad mit Erde aufgefüllt und das Gelände für Eigentümshäuser zum Verkauf freigegeben. Die Kindergärtnerinnen wurden in alle Richtungen verstreut, einige arbeiten wieder in Kitas, andere im Hort, andere traf die Arbeitslosigkeit oder eine Vorruhestandsregelung.

IRENE BIRKE, LEIPZIG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Die Redaktion

Als regelmäßiger Leser der Zeitung „Granma International“ freue ich mich über die zunehmende Zahl von Informationen, die zeigen, dass sich die ökonomische und soziale Lage des Landes, trotz Fortdauer der USA-Blockade, stabilisiert. Da die offiziellen Medien der BRD solche Nachrichten weitgehend verschweigen, soll knapp auf einige Fakten eingegangen werden. Fidel Castro verkündete kürzlich, dass das anhaltende Wirtschaftswachstum ermöglicht, dass die „Spezialperiode“ ihrem Ende entgegengeht. Die Arbeitslosigkeit sank unter zwei

Kuba geht es besser

Prozent. 2004 besuchten erstmals zwei Millionen Touristen die Insel. Vor kurzem wurde die Aufwertung der kubanischen Währung gegenüber dem Dollar beschlossen.

Gegenwärtig werden umfangreiche neue Erdölreserven erschlossen. Das geschieht in enger wirtschaftlicher Zusammenarbeit besonders mit China und Venezuela. Die Beziehungen zu China haben zunehmend den Charakter einer strategischen Partnerschaft. Die Volks-

republik versorgt Kuba u. a. mit Hunderttausenden von Fernsehgeräten und Computern, mit Industrieausrüstungen und Konsumgütern.

Mit Venezuela schloss Kuba einen Vertrag zur Umsetzung der sogenannten „Bolivarischen Alternative für die Amerikas“ (ALBA), dem Gegenstück zu der von den USA dominierten „Freihandelszone“ (ALGA). Dieses solidarische Abkommen garantiert Kuba einen festen Erdölpreis, schafft die Import-

zölle ab, hebt die Gewinnbesteuerung von Investitionen auf, hilft Kuba bei der Erneuerung seines Energiesektors. Das alles stabilisiert die kubanische Wirtschaft.

Unbestreitbar steht das sozialistische Kuba weiter vor großen Problemen und Herausforderungen. Jedoch die Gesamtentwicklung weist in eine positive Richtung! Das erfreut alle Freunde des kubanischen Volkes und sollte Anlass sein, unsere Solidarität und Hilfe für die Karibikinsel weiter zu verstärken.

DR. GÜNTER HARTMANN,
NEUBRANDENBURG

Käthe Kollwitz

– in memoriam –

Sie war die gehaltvolle Sprache des Schweigens, die geistlos' Geschwätz durch ihr Dasein verdrängt'. Lautlos ihre Sprache, doch vielfältig, wortreich, wie sie im Geschrieb'nen, im Tagebuch lebt. Die Stärke des Ausdrucks all ihrer Gedanken zeigt bildhaft sich in ihrem Schaffensprozess: Mit Stift und Palette, mit Stichel und Meißel gestaltete sie, was ihr Denken bewegt'.

Ihr stets klarer Blick auf die Tagesprobleme – und auf die Geschichte, Gescheh'n in der Welt: Er formte ihr Denken, war Quell ihres Handelns, des künstlerisch' Schaffens, des mutigen Tuns im Aufbegeh'r'n wider all Unrecht und Knechtschaft, die Kräfte, die nur durch Gewalt an der Macht; gestützt und gelenkt durch die Lobby des Geldes, die weltweit Beherrscher von Mensch und Natur.

Geschichte und in ihr Gewalt, Unterdrückung – das waren die Themen, die sie sich gestellt: Vom Bauernkrieg bis zu dem Aufstand der Weber, vom Krieg überhaupt, der nur Leid bringt der Welt; der Menschen auf Menschen hetzt – nur um Profite im riesigen, weltweiten Waffengeschäft – und Völker verfeindet ohn' wahrhafte Gründe; denn's Raubkapital selbst Religionen missbraucht.

Zeit lebens stand sie, auch als Ehefrau, Mutter, in all ihrem Wirken für Friede und Recht – und gegen die Willkür in jeglichen Formen: Ihr kritisches Schaffen trug stets ein Gesicht! Als Künstlerin nahm sie Partei für die Armen, für all Unterdrückte der Macht KAPITAL; schuf Werke, die Denken, das Nachdenken fordern, Besinnung auf Werte, die stets in Gefahr!

JOHANNES KONOPKA, NAUMBURG

(Die Grafikerin, Malerin und Bildhauerin verstarb am 22. April 1945)

Wenn ein Wessi Seelow besucht ...

Unsere Wanderziele sind in keinem Kalender vermerkt. Wir ziehen unserer Wege und ändern sie, wann immer uns das in den Sinn kommt. Letzte Woche ignorierten wir jedoch diese Regel und signalisierten vielen ein gemeinsames Ziel: Seelow. Jeden Abend schicken die Fernsehsender Bilder ins Land, mit denen sie das Ende des Zweiten Weltkriegs auf ihre Weise illustrieren, auf eine Weise oft, die es mit der Wahrheit nicht allzu genau nimmt.

Wanderer aber kommen oft an Gedenksteinen vorbei, die gemeinhin

eigentlich Nachdenksteine sind, weil sie an die Schicksale vieler Opfer dieses Krieges erinnern und also zum nützlichen Nachdenken anregen.

Als wir in Seelow anlangten und vor dem Rotarmisten standen, der da bronzen vier Meter aufragt, drängelte sich einer in unsere Runde und wedelte ständig lärmend mit einer Zeitung. Der vermeintliche Störenfried schien älter als wir, was – mit Verlaub – einiges heißen will. Wir luden ihn ein, eine Tasse Kaffee mit uns zu trinken. Als wir den ersten Schluck getrunken hatten, ließ er uns wissen, worum es ihm ging. Er käme aus einem Dorf, keine vier Kilometer von Seelow entfernt. 1945 hatte er als Zehnjähriger die furchtbare Schlacht im wahrsten Sinne des Wortes hautnah miterlebt. Jetzt wandere er oft nach Seelow, weil dort viele Menschen aus aller Herren Länder aus Bussen stiegen, Denkmal und Museum besichtigten und danach manche Fragen stellten, die die Reiseführer aus seiner Sicht unerträglich ober-

flächlich beantworteten. Er erläuterte uns sein Missbehagen an einem Vergleich: „Es ist, als kämst Du nach Waterloo und wirst informiert, dass Napoleon dort eigentlich gesiegt habe.“ Mit einem: Der Alte kämpfte – wie so viele in Neufünfland – gegen jene „Aufarbeitung“ der Geschichte, wie sie heute überall gang und gäbe ist. Wir gaben zu bedenken, dass „neue Geschichte“ ein Symptom der Zeit sei, aber um seinen Groll zu begründen, holte er die Zeitung hervor, mit der er zuvor herum-

gewedelt hatte. Es war eine „Berliner Zeitung“ und der Mann, der darin ausgiebig über Seelow geschrieben hatte, heißt Pragal oder so ähnlich. Der Alte klaubte seine Brille hervor und las uns vor: *Viele der deutschen Verteidiger hätten auch standgehalten, weil sie die Zivilbevölkerung vor der Roten Armee schützen wollten.* Der Autor hatte vorher wissen lassen, dass er bereits vor 30 Jahren als Korrespondent einer altbundesdeutschen Tageszeitung in Seelow gewesen war, einem „ideologischer Wallfahrtsort, zu dem Brigaden von Werktätigen und NVA-Soldaten und FDJ-Abordnungen pilgerten“. Dass heute Soldaten, die nach Afghanistan oder in den Kosovo geflogen werden, vorher nicht Seelow besuchen, überrascht niemanden. Dass selten darauf verwiesen wird, wie aussichtslos Seelow und die Schlacht um Berlin waren, gibt auch kaum zu denken. Pragal wählte den leichtesten Weg und degradierte die Nachdenkstätte über faschistischen Massenmord zum

DDR-Wallfahrtsort für „Brigaden“, NVA und FDJ. Was ihn dazu bewog, verriet er mit dem Hinweis – siehe oben – auf die angeblich ihr Leben opfernden Soldaten, die „die Zivilbevölkerung vor der Roten Armee schützen wollten“.

Blanker Antikommunismus! Geschrieben und gedruckt im Jahre 2005 vor allem für die Generationen, die Krieg und Nachkrieg nur vom Hörensagen oder aus ihren Schulbüchern kennen.

Und das treibt einen alten Mann zu langen Fußmärschen

nach Seelow, um dort die Wahrheit zu

verbreiten. Mir fiel Schillers Übersetzung des Gedenksteins bei den Thermopylen ein: „Wanderer! Kommst Du nach Sparta, verkündige dorten, du habest uns hier liegen sehen, wie das Gesetz es befahl“ und wandelte es für den Alten und ein wenig ab: „Wanderer, wohin immer du kommst, verkündige, dass wir auch in Seelow für die Wahrheit kämpfen.“

Wir zogen weiter und trafen Freunde in Schönebeck, die uns von ihrer Begegnung am Tag zuvor mit belgischen KZ-Veteranen des Buchenwald-Außenlagers „Julius“ erzählten. Einer von ihnen, Constant Fraucompret, hatte den Todesmarsch überlebt und unterwegs mit einem Bleistiftstummel alle Orte notiert, durch die man sie getrieben hatte. Er hatte die Liste mitgebracht und las sie uns vor: Schönebeck, Barby, Zerbst, Wiesenburg, Belzig, Brück, Werder, Wustermark, Bredow...

Nun haben wir ein neues Ziel: diesem Marsch der Belgier folgen.

• **KLAUS HUHN**

Wanderungen durch Neufünfland

Das gute Krokodil

Das Krokodil lag unbeweglich im Wasser. „Wie traurig, dass viele Tiere so klein und schwach sind!“, heulte es. „Wie schlimm, dass es unter Tieren so viel Unrecht und Leid gibt!“, jammerte es. „Wie schade, dass kein anderes Tier mein gutes Herz kennt!“, seufzte es. Uplötzlich schoss das Krokodil in einem gewaltigen Satz zum Ufer, riss den Rachen weit auf und packte eine Antilope, die zum Trinken an den Fluss gekommen war. Das Krokodil hielt die Antilope mit seinen scharfen Zähnen fest und verschwand mit ihr in der Tiefe des Wassers. Nach ein paar Stunden tauchte das Krokodil wieder auf. „Wie furchtbar, dass wir Tiere nach dem Motto ‚Friss oder stirb!‘ leben müssen!“, weinte es. Es war wirklich ein herzengutes Krokodil.

REINHARD LOCHNER



64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Die 30 DAX-Unternehmen in der BRD haben 2004 35 000 Stellen abgebaut und einen Gewinn von 35,7 Milliarden Euro erzielt. Es gibt eine Gewinnausschüttung von 15 Milliarden Euro an die Aktionäre. Bayr. Fernsehen 24. 3.

sind 26 Jahre Fremdherrschaft im Vatikan nun genug. ZDF 4. 4.

Der nichtgläubige Zuschauer hat den Eindruck, in Rom eine Hollywood-Inszenierung zu erleben. DLF 5. 4.

Die in Afghanistan tätigen internationalen Hilfsorganisationen verbrauchen die Hilfsgelder zum großen Teil selbst für ihren Unterhalt. Phoenix 25. 3.

Sie (die Polen) werden nicht vergessen, dass er der Gewerkschaft Solidarnosc Geld gab für den Widerstand gegen die Kommunisten. LVZ 5. 4.

Die Glücksspielindustrie in Las Vegas hat 2004 32,8 Milliarden Dollar umgesetzt. DLF 28. 3.

2004 haben 270 000 polnische Erntehelfer auf deutschen Feldern, Obstplantagen, in Weinbergen gearbeitet. Sie erhielten im Schnitt einen Brutto-Stundenlohn von 5 Euro. Die deutschen Bauernverbände wollen auch in Zukunft mit diesen Kräften arbeiten. DLF 5. 4.

Allein in Sachsen-Anhalt sollen bis 2010 100 000 Wohnungen abgerissen werden. MDR FS 29. 3.

Eine EU-Richtlinie besagt, dass Rentierzüchter ihre Tiere nicht am Geweih festhalten dürfen. Ein Züchter: Ich werde mal in Brüssel nachfragen, die sollen uns das mal vormachen. DLF 29. 3.

Hilfsorganisationen und Medien leben voneinander. Sie sind es, die Katastrophen manchmal selbst machen. 3sat 4. 4.

Westerwelle (das erzählte er selber) erkletterte einst ein Flugzeug, in dem Fischer schon hinter seiner „taz“ verbarrikadiert war, und reichte diesem die Hand zum morgendlichen Gruß hin. „Wir geben nichts“, soll Fischer geantwortet haben. Mathias Wedel / Eulenspiegel 4/05

• **GEFUNDEN VON MANFRED ERBE**

Nach Meinung mancher Italiener

Die Wahlkampflosungen sind der letzte und unwiderlegbare Beweis, dass die Einfalt in der Vielfalt unergründlich und die Vielfalt in der Einfalt unerschöpflich ist.

Alle Parteien vertreten die Interessen des Volkes. Wer vertritt eigentlich die Interessen der Parteien?

Ein Abgeordneter ist ein Mensch, der vom Wähler den Auftrag erhalten hat, seine Interessen zu vertreten.

R. LOCHNER



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V., V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig.

Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: leipzigs_neue@t-online.de

Internet: www.leipzigs-neue.de

Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:

Ralf Fiebelkom, Büro- und Verlagsservice,

Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig

Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung:

BERGdigital, Hans-Jürgen Berg,

Oststraße 39, 04420 Markranstädt

Tel.: 034205/18 010, Fax: 034205/18 062

E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

18. April

Die nächste Ausgabe erscheint am

6. Mai

Spendenkonto für Projekt Linke Zeitung e. V.

bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92,

Konto: 11 50 11 48 40